

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 24

Duisburg, den 13. Juni 1931

32. Jahrgang

## Die „Verbeamtung der Wirtschaft“

Ein Wort zur Tagung des Langnamvereins am 3. Juni 1931

In der Nr. 13/1931 haben wir auf die Belastung der Privatwirtschaft und der Arbeiterschaft durch die öffentliche Hand und einem viel zu großen Beamtenkörper hingewiesen. Mit Recht haben auch die vielen Tageszeitungen, welche den Artikel nachdruckten, darin einen der wesentlichen Punkte in der Versteifung der Selbstkosten und damit der Krise gesehen.

Aber ebenso wichtig wie dieser Punkt scheint uns ein anderer zu sein, nämlich, daß in der Wirtschaftsführung selbst eine ganz bedenkliche „Verbeamtung“ einzieht und eine Bürokratie den wirklichen privatkapitalistischen Unternehmer überwuchert. Diese Erscheinung wird nicht etwa von der öffentlichen Hand bewirkt, sondern sie wächst im Unternehmertum selbst heraus. Sie ist ebenfalls ein Faktor der Versteifung und Verlängerung der Krise.

Wir haben Universitätsprofessor Dr. R. Streller (Leipzig) um Darlegungen über diese wichtigen geistigen Änderungen in der freien Wirtschaft ersucht. Der nachfolgende Artikel geht den vielen Wegen der „Verbeamtung“ im Privatkapitalismus unserer Tage nach und kommt zu Feststellungen, die alles andere als schmeichelhaft für das heutige Unternehmertum ist. Der Verfasser selbst steht, wie aus seinen Darlegungen hervorgeht, auf dem Boden des Privatkapitalismus. Um so größere Bedeutung gewinnen seine Worte.  
Die Red.

Wenn heute die Gegensätze zwischen Wirtschaft und Beamtenverwaltung wieder zum Durchbruch kommen, hat das nur aber ganz andere Gründe, denn die beiderseitige Gesinnung hat sich — leider — weitgehend angeglichen. Es ist wohl gar keine Frage, daß viele Vorwürfe, die gegen die Beamtenverwaltung erhoben werden, berechtigt sind. Der Beamtenverwaltung wohnt notwendigerweise eine gewisse Schwerefälligkeit inne; Formalien spielen auch heute noch eine große, oft allzu große Rolle. Die Beamtenhierarchie verleitet zur Ueberschätzung der „Vorbildung“ und der „Berechtigung“; sie züchtet einen typischen „Beamtendükel“ des Vorgesetzten oder Dienstälteren dem Untergebenen, aber auch dem „Publikum“ gegenüber. Die materielle Sicherheit, die durch festes Gehalt und Pensionsberechtigung gewährleistet ist, führt in manchen Fällen dazu, daß der Beamte am allgemeinen wirtschaftlichen Schicksal nicht teilzunehmen scheint und sich über Räte und Sorgen der freien Wirtschaft „erhaben“ dünkt.

### Aufsteigende Beamtenmentalität in der Wirtschaft

Es entsteht aus alledem eine „Beamtenmentalität“, die mit Recht eine herbe Kritik erfährt und wohl von den meisten Beamten selbst bei sich und ihren Kollegen bekämpft wird. Während aber die liberale Wirtschaft im 19. Jahrhundert, ja auch noch die Wirtschaft vor dem Kriege, ein Recht zu dieser Kritik hatte, behaupte ich, daß man ihr heute dieses Recht nicht mehr zusprechen kann. Und zwar deshalb, weil die oben

### Gegensatz zwischen Wirtschaft und Beamtentum



Der Gegensatz zwischen Beamtentum und Wirtschaft, der sich gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise durch heftige Angriffe auf die Beamenschaft wiederum gezeigt hat, ist keineswegs ein Ergebnis der neueren Entwicklung.

Man kann sagen, daß er aus den Anfängen des Kapitalismus, oder besser des Liberalismus stammt. Damals, zu Ende des 18. Jahrhunderts, versuchte sich die Wirtschaft von der staatlichen Bevormundung frei zu machen, die in der Zeit des Merkantilismus zu einem raffinierten „System der Gewerbeerziehung des Volkes“ ausgebaut worden war. Während nach der Auffassung der merkantilistischen Beamten sich der Staat um alles und jedes im privaten, wie auch im wirtschaftlichen Leben der Bürger zu kümmern hatte, verlangte der Liberalismus, daß sich der Staat auf den Rechtsschutz nach außen und innen beschränke und vor allem die Wirtschaft sich selbst überlasse. *Laissez faire, laissez passer*: der Staat soll die Wirtschaft tun lassen, was sie will; jede Einmischung kann nur Schaden bringen.

Die Wirtschaft, oder besser gesagt die Wirtschaftsführer, setzten sich also in bewußten Gegensatz zum Beamten: hier der freie Unternehmer, der nur sich selbst verantwortlich sein und seine Existenz nur sich selbst verdanken wollte, dort der durch Vorschriften gebundene Beamte, der seinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig war und für dessen Unterhalt der Staat sorgte. Es ist verständlich, daß es zu Reibungen kommen mußte, wenn die freiheitliche, selbstbewußte Wirtschafts- und die gebundene, subalterne Beamtengegnung aufeinander stießen.

## Heimat, o Heimat!

### Zu unsern Bildern

In einer Reihe von Nummern unsers Verbandsorgans werden wir zu Beginn der Ferienzeit wieder eine Anzahl Bilder aus den deutschen Gauen bringen, um unseren Kollegen die Schönheit und Größe unseres deutschen Vaterlandes zu zeigen.

Diesmal soll es besonders Süddeutschland um Donau und Main sein, das unsere Bilder zeigen.

Wir beginnen mit Augsburg, der Stadt, bei der Kaiser Otto I. Deutschland endgültig von den Horden der Ungarn befreite (955) der Stadt, die um 1500 das Finanzzentrum Europas darstellte und in den Suggern eine der größten aber auch reichsten Finanzfamilien besaß. Heute hat Augsburg bedeutende Metallindustrie. Aördlingen, eine der schönsten deutschen Städte. Hier wurden die Schweden 1634 entscheidend von den Kaiserslichen im Dreißigjährigen Kriege geschlagen. Der Krieg wäre damals schon zu Ende gegangen, wenn nicht Frankreich durch weitere 10 Jahre Geld und Heere zur weiteren Verwüstung Deutschlands zur Verfügung gestellt hätte. Lauingen ist die Geburtsstadt Alberts des Großen (13. Jahrhundert), des Doctor universalis, des größten Gelehrten und Naturforschers des Mittelalters. Er war wie sein Schüler Thomas von Aquin Dominikaner. Am Donauwörth, an Wörnig und Donau gelegen, begannen um 1610 schon die ersten Funken des Dreißigjährigen Krieges zu fliegen, als Maximilian von Bayern diese protestantische Reichsstadt besetzte. Heute bekannt durch große Jugenderziehungsanstalten.

erwähnte „Angleichung der Gesinnung“ so vor sich gegangen ist, daß weite Kreise der „freien“ Wirtschaft sich die Beamtenmentalität zu eigen gemacht haben. Man kann das Paradoxon wagen: je mehr sich die Beamten von dieser Mentalität frei zu machen versuchen, desto weitere Kreise der Bevölkerung erfaßt sie: die kapitalistisch-liberale Gesinnung wird immer mehr von der „Beamtenmentalität“ verdrängt, das ist es, was wir heute feststellen müssen.

Die „Verbeamtung der Wirtschaft“ bedeutet also nicht, daß Beamte in die Wirtschaft eindringen; es ist überhaupt nicht etwas, was von den Beamten ausgeht, sondern es ist ein Wandel in der Wirtschaftsgesinnung. Dieser Wandel zeigt sich vor allem im Schwinden des Selbstvertrauens auf allen Gebieten. Der Wagemut, der den kapitalistischen Unternehmer auszeichnete, und dem wir die nicht zu bezweifelnden Fortschritte verdanken, die im kapitalistischen Zeitalter errungen wurden, ist eine seltene Erscheinung geworden. Was man den Beamten zum Vorwurf macht, steht heute auch bei vielen Unternehmern und Angehörigen freier Berufe im Vordergrund: der Gedanke der „Versorgung“. Der gesunde Gegensatz zwischen Beamten und Unternehmern, den man vielleicht dem Gegensatz „konservativ-liberal“ gleichsetzen kann, hat sich in einen anderen umgewandelt, von dem man weder sagen kann, daß er gesund sei, noch, daß er edlen Motiven entspringe: es ist der zwischen dem, der die „Versorgung“ schon erreicht hat und dem, der sie erst erstrebt. Der Beamte und seine Gesinnung wird nicht mehr bekämpft, weil man in ihm ein Hindernis zur freien Entfaltung der Kräfte sieht und seine Gesinnung mit der Selbstverantwortlichkeit des freien Menschen sich nicht verträgt, sondern weil man — ich wage es, es ruhig auszusprechen — selbst die Gesinnung hat und nun auch die „dazugehörige“ Stellung haben möchte.

### Die „Sicherheit“ in der freien Wirtschaft

Um aber dieses Ziel zu erreichen, werden in die „freie Wirtschaft“ alle möglichen Sicherungen eingebaut, ohne daß man sich Gedanken darüber macht, ob dieses Vorgehen vielleicht das ganze kapitalistische System gefährdet, indem man alles Positive: freie Konkurrenz, freie Berufswahl, Freizügigkeit, nationale und internationale Handels- und Gewerbe-freiheit usw. austrottet und nur das Negative bestehen läßt: trasse Gegensätze zwischen reich und arm und zwischen Kapitalisten und Arbeitern, rücksichtslose Ausnutzung jeder Gewinnmöglichkeit, Vernichtung des Mittelstandes. Daß diese Wandlung tatsächlich vor sich geht, zeigt sich deutlich darin, wie heute die Bildung von Kartellen und Trusts, dieser scheinbar so legitimen Kinder des Kapitalismus, vor sich geht.

Während nämlich in früheren Zeiten diese riesigen Kapitalgesellschaften gegründet wurden, um eine große kapitalistische Macht in wenigen Händen zu vereinigen und sie produktiv anzuwenden, dienen sie heute vor allem der Sicherung der Gewinne. Die Trusts sind nicht mehr Mittel der Produktion, sondern Mittel der Sicherung des Rentenbezuges. Die auf „Versorgung“, auf „ungestörten Genuß“ abzielende „Rentnergesinnung“ hat die kapitalistischen Gesellschaften ergriffen, und ihr Hauptzweck ist nun nicht mehr, Aufgaben durchzuführen, deren Größe die Kraft des einzelnen übersteigt, sondern vor allem die freie Konkurrenz, dieses Herz und Kernstück der liberalen Wirtschaft, zu vernichten. Alles muß möglichst sofort, rücksichtslos und mit allen, auch „weniger schönen“ Mitteln bekämpft werden, was in den Karpfenteich der Rentenbezieher eine aufregende, kapitalistische Unruhe bringen könnte. Und wie der Herr so der Knecht! Der Sieg der Rentnergesinnung über den kapitalistischen Wagemut, die Verkalkung oder „Verbeamtung“ der großen Kapitalgesellschaften, zeigt sich deutlich darin, daß sich die Beamtenverwaltung in ihnen immer mehr einbürgert; Jozujagen automatisch stellt sich dann natürlich auch die „Beamtenmentalität“ ein. Bereits besteht eine feste Hierarchie auch in der Privatindustrie, und der Aufstieg vom Buchhalter zum Direktor ist fast nicht leichter, als der vom Justizobersekretär zum Amtsgerichtsrat. Ja, auch der Beamtenbünkel, die sicherlich unangenehmste Erscheinung innerhalb der Beamtenverwaltung, macht sich breit

und reißt besonders zwischen Angestellten und Arbeitern eine oft auch außerdienstlich nicht zu überbrückende Kluft auf (vgl. S. Kracauer, Die Angestellten, Frankfurt 1930).

### Ueberschätzung des Zeugnisses in der Wirtschaft

Was ist denn die vielbeklagte Ueberschätzung der „Berechtigung“ anders als ein Zeichen der „Verbeamtung“? Der Unternehmer oder der verantwortliche leitende Angestellte traut sich und seiner Menschenkenntnis nicht mehr und verschanzt sich hinter Zeugnissen. Und was das schlimmste ist, hinter Zeugnissen, die für diesen Zweck häufig völlig ungeeignet sind! Wenn eine Justizbehörde auf Grund eines Referendats- oder Assessordiploms einen jungen Juristen einstellt, hat sie ein Recht dazu, denn die Prüfungen, durch die solche Zeugnisse erlangt werden, sind auf die spätere Verwendung des Kandidaten zugeschnitten. Die Regierung erläßt die Prüflingsordnung so, daß sie das für ihre Zwecke geeignete Menschenmaterial erhält. Was soll man aber dazu sagen, wenn heute auch die Privatindustrie den Nachweis des Assessorexamens verlangt? Nicht etwa nur für ihren Syndikus, was einige Berechtigung hätte, sondern für irgendwelche leitende Angestellten! Was soll man dazu sagen, daß ein bekannter Wirtschaftsführer den Vorwurf erhebt, die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung auf den Universitäten taue nichts, denn es kämen Leute mit dem Doktorhut geschmückt in die Wirtschaft und versagten völlig, und wenn sie nicht versagen, so verdanken sie das ihrem praktischen Blick und nicht der akademischen Ausbildung! Welche Sakrileg hat jemals behauptet, daß sie durch die Verleihung des Dokortitels bescheinigen wolle, der Inhaber eigne sich zur Leitung einer Fabrik oder einer Bank, ja, auch nur einer Buchhalterei?

Die Ueberschätzung des „Zeugnisses“ geht also bereits so weit, daß man überhaupt nicht mehr fragt, was eigentlich durch das Zeugnis „bezeugt“ werde. Nur möglichst viel Papiere muß der Bewerber haben, damit der einstellende Unternehmer oder Direktor „gedeckt“ sei. Daher dann auch die starke Ueberschätzung der Eignungsprüfung! Man traut einem Apparat weit mehr als seiner eigenen Erfahrung. Nun bestreite ich selbstverständlich nicht, daß die Eignungsprüfung ein wertvolles Hilfsmittel, ja daß sie für einige Berufe, z. B. Lokomotivführer, Kraftwagenführer u. a. unerlässlich ist, aber sie soll doch immer ein Hilfsmittel bleiben und nicht zum Diktator im Unternehmen und zur Schicksalsgöttin für die Arbeitnehmer werden.

### Die „Budgetisierung“ der Privatindustrie

Nachdem man auf diese Weise sein Personal auf Grund einer, wie gesagt, oft nicht einmal passenden Schablone ausgewählt und es nach Möglichkeit vermieden hat, sich eine eigene Meinung bilden zu müssen, kann man auch „sein“ Urteil über die Geschäftslage fertig beziehen. Besonders in den Vereinigten Staaten blüht eine große Anzahl von Instituten, die auf Grund mehr oder weniger unzuverlässiger Konjunkturbarometer — zuverlässige gibt es nicht und kann es nicht geben — das wirtschaftliche Wetter voraussagen. Diese Institute gebärden sich hochwissenschaftlich, in ihren großangelegten (the greatest of the world) „Laboratorien“ werden komplizierte Berechnungen ausgeführt und in Rechenmaschinen die Kenntnis und Voraussicht, die ein Unternehmer braucht, auf Glaschen gezogen, um dann „frei Haus“ zugestellt werden zu können.

Auf Grund dieser fabrikmäßig hergestellten Standardmeinung kann man dann sein „Budget“ aufstellen. Die großen Industrieunternehmen, wiederum vor allem in Amerika — aber auch in Deutschland geht man dazu über — sind bereits so „verbeamtet“, daß regelrechte Haushaltspläne mit Voranschlägen aufgestellt werden müssen. „Budgetisierung der Privatindustrie“ heißt das Schlagwort, unter dem sich die Umwandlung der Unternehmer zur Beamtenverwaltung vollzieht. Es ist gar keine Frage, daß durch ein solches Budget die ganze Geschäftsgebarung eine gefährliche Starrheit erhält und vor allem die „Beamtengesinnung“ groß gezogen wird.

Das Budget nimmt den verantwortlichen Organen der Unternehmung einen großen Teil ihrer Verantwortung ab, denn sie können sich nun immer darauf berufen, daß ja das Budget nicht überschritten sei; und wenn der gewünschte Erfolg nicht eintritt, so liegt das eben am Budget und nicht an dem betreffenden Direktor.

Man wird nun natürlich einwenden, daß es nicht der Sinn dieser Budgets sei, daß man sich sklavisch an sie halte. Selbstverständlich sollen sie nur einen weiten Rahmen bilden und jedem Verantwortlichen Freiheit zu eigenen Entschlüssen lassen. Aber gerade hier zeigt es sich, daß die Wirtschaft trotz aller scharfen Kritik an der Beamtenverwaltung aus dieser ihrer eigenen Kritik für sich selbst nichts gelernt hat. Da wir es mit Menschen, und zwar im allgemeinen mit Durchschnittsmenschen, zu tun haben, so dürfen wir uns nicht dem optimistischen Glauben hingeben, daß diese Menschen eine Eisbrücke nicht benutzen, wenn sie da ist. Eine solche Eisbrücke ist aber das Budget der Privatindustrie in vielen Fällen, und es ist selbstverständlich, daß jeder Angestellte sich auf diese Brücke verläßt und über kurz oder lang im gewissenhaften Vollzug des Budgets seine Lebensaufgabe sieht. Verantwortungsfreudigkeit ist eine sehr, sehr seltene Tugend, und wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt die Verantwortung abzuwälzen, dann benutzen sie diese Möglichkeit auf alle Fälle und drängen sich nicht dazu, sich durch Abweichungen von der Norm Verantwortung aufzuladen.

### Die Wichtigkeit der akademischen Scheine

Die Wirkungen aller dieser Verbeamtungsercheinungen — man könnte auch von „Verkalkung“ sprechen — auf die Wirtschaft haben sich in der jetzigen Wirtschaftskrise besonders geltend gemacht, sind aber schon seit langer Zeit zu beobachten. Ueber die Verheerungen, die das „Berechtigungswesen“ anrichtet, braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß der Mißbrauch — anders kann man es nicht nennen —, der von der Wirtschaft mit dem Staatsexamen getrieben wird, bereits auf diese Prüfungen selbst sehr nachteilig zurückwirkt. Schon melden sich Stimmen, die verlangen, daß das Assessorexamen weniger schwierig gestaltet werden möge, da ein großer Teil der Kandidaten gar nicht in den Justiz- oder Verwaltungsdienst gehen wolle, sondern nur einen die Anstellungsmöglichkeiten verbessernden Titel erstrebe. Weil also die Wirtschaft unsinnigerweise auf einen solchen Dekorationstitel Wert legt, deshalb soll der Staat an seine Justizbeamten weniger große Anforderungen stellen, und auf das deutsche Volk mangelhaft vorgebildete und weniger befähigte Richter loslassen.

Daß der durch das „Titelstreben“ veranlaßte Ansturm auf die Universitäten das wissenschaftliche Niveau drückt, ist bekannt und selbstverständlich. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der Dozent sich dem Einfluß entziehen könnte, der von einem Massenkolleg ausgeht. Wenn der Dozent merkt — und jeder gute Dozent merkt das —, daß 75 v. H. seiner Hörer nicht folgen können, dann wird er gezwungen, weniger hohe Anforderungen an das Verständnis zu stellen, denn es ist ihm einfach nicht möglich, während eines ganzen Semesters so zu tun, als wenn 75 v. H. seiner Hörer, das sind in großen Kollegs manchmal viele Hunderte von Studenten, nicht vorhanden wären.

Unter unserer akademischen Jugend richtet aber diese „Verbeamtung“ geradezu Verwüstungen an. Nicht mehr die Kenntnisse sind es, die man sich auf der Universität erwerben will, sondern das Zeugnis. Selbstverständlich, daß das Repetitorwesen blüht, denn es kommt ja nur darauf an, für das Examen die nötigen Kenntnisse zusammenzutragen. Die „nötigen“ Kenntnisse, d. h. also das Mindestmaß, auf keinen Fall mehr als unbedingt nötig, auf keinen Fall Kollegs hören, die nicht unmittelbar zum Spezialgebiet gehören, und auf keinen Fall bei Dozenten hören, die als Prüfer gefährlich werden können. Wie tief sich diese subalterne Gesinnung in die Universitäten schon eingefressen hat, zeigt das Streben nach Bescheinigungen über die Teilnahme an Praktika oder Übungen. Es gibt Studenten, die der Meinung sind, daß man gar nicht genug solcher

Scheine sammeln könne. Da werden 2—3stündige Übungen an einem Nachmittage abgefessen, wobei es völlig ausgeschlossen ist, daß der Student in allen diesen Übungen mitarbeiten und wertvolles leisten könne. Aber das ist auch gar nicht die Absicht! Die Absicht ist, einen „Schein“ zu erhalten, und da das auf anderem Wege nicht zu erreichen ist, so muß man eben jeden Tag mehrere Stunden als Raumsfüllung fungieren. Kommilitonen, die sich lebhaft beteiligen, sind natürlich in diesem Kreis oft sehr unbeliebt. Sie verhindern, daß man richtig „bösen“ kann, veranlassen den Dozenten dazu, die Anforderungen höher zu schrauben und von den anderen ebenfalls eine größere Beteiligung zu verlangen oder sie führen womöglich dazu, daß die Übung über die Zeit ausgedehnt werde. Alles Dinge, die natürlich unerträglich sind, da sie ja keinen neuen „Schein“ erzeugen.

### Die Verantwortung

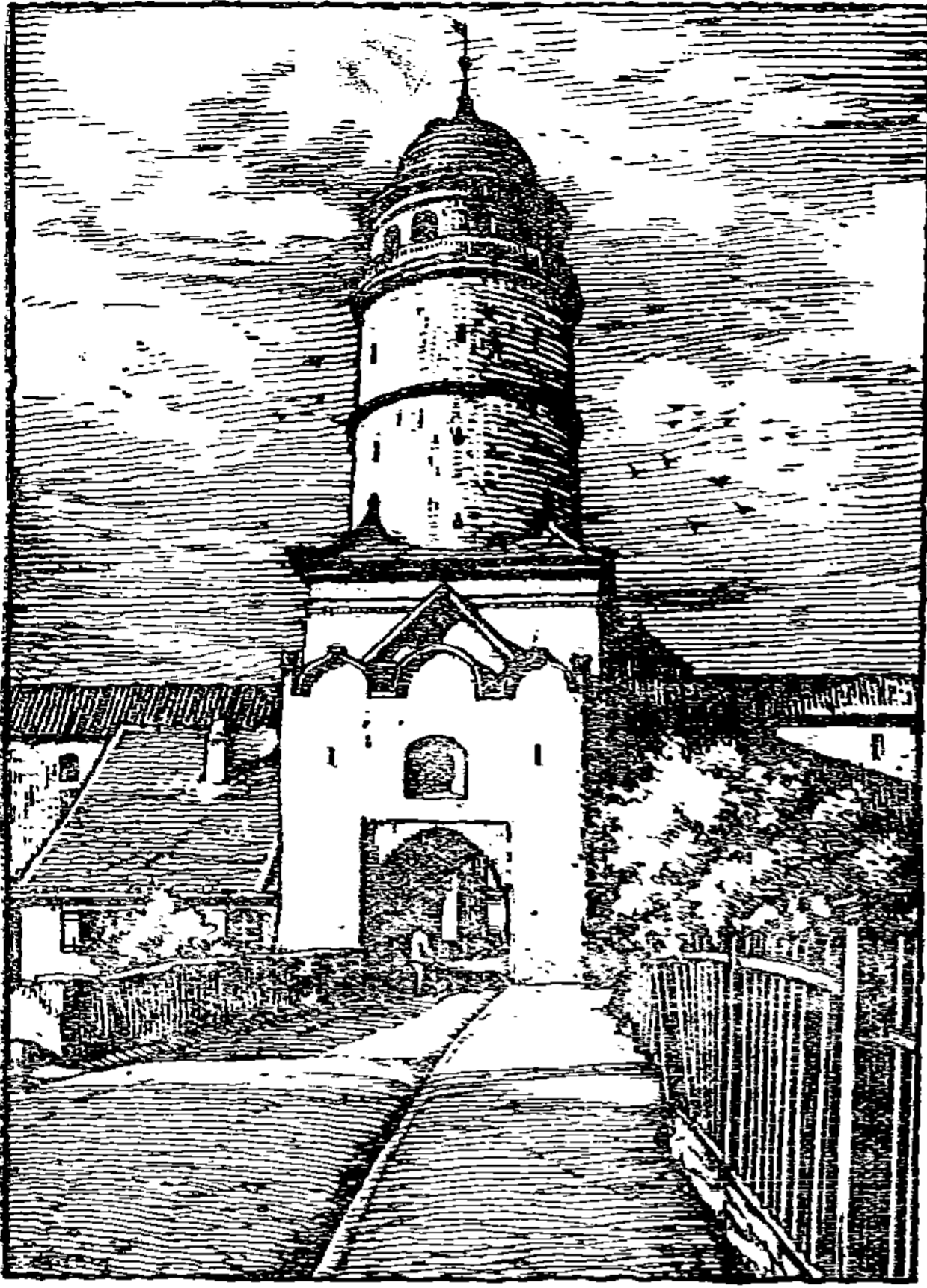
#### wird auf das Gremium abgewälzt

In der Wirtschaft selbst aber wirkt sich diese „Verbeamtung“ zunächst darin aus, daß die Aufstiegsmöglichkeiten immer geringer werden. Jemand kann sehr tüchtiges leisten, er wird doch die größten Schwierigkeiten haben, wenn er nicht mit dem nötigen Papier ausgestattet ist. Wie häufig erlebt man es, daß Leute, die bereits eine Stellung in der Wirtschaft einnehmen, zur Universität kommen, um noch den Dokortitel zu erwerben, weil sie nur auf diese Weise in eine höhere Stellung aufrücken können. Ich bezweifle allerdings, daß ein tüchtiger Buchhalter sich besser zum Prokuristen eignet, wenn und weil er das Doctorexamen abgelegt hat, aber viele Großbetriebe scheinen es für unerläßlich zu halten, daß ihre Prokuristen alle einmal eine Dissertation über „Die durchlöchernte Stuhlstuhlindustrie in Kyrih an der Knatter“ oder die „Geschichte der ältesten deutschen Fliegenfängerfabrik“ geschrieben haben.

Es ist verständlich, daß diese in solcher Weise „laufmännisch“ vorgebildeten Leute einerseits auch bei anderen großen



Augsburg. Die Klostersgasse mit Blick auf St. Ulrich



Stadttor in Hördlingen

## Die Großbanken und der Formalismus

Besonders die Großbanken hat die „Verbeamtung“ ergriffen und von hier aus breitet sie sich immer weiter aus. Während früher der Privatbankier sich seinen Kunden ansah und nach seinem persönlichen Eindruck, nach seiner Geschäftskennntnis, nach seinem eigenen freien Ermessen, Kredit gab, hat heute der Kreditsuchende einem anonymen Kreditgeber gegenüber eine Unzahl von Formalitäten zu erfüllen. Die Folge davon ist, daß besonders kleine Unternehmer oder Handwerker immer schwerer Kredit bekommen, dagegen Schwindler immer leichter. Die Prozesse „Barmat-Kutisker-Allzareff“ haben das deutlich bewiesen. Hätte man sich die Leute angesehen und nicht nur „die Unterlagen“, dann wäre es kaum zu solchen Kreditgewährungen gekommen. Einen guten geschäftlichen Ruf, eine solide Lebensführung kann man nicht fälschen, dagegen sind „Unterlagen“ geradezu ein Anreiz dazu, Fälschungen vorzunehmen. Auch hier das Papier, das Zeugnis! Auch hier wirkt oft nur der Stempel oder die Unterschrift, auch hier wird manchmal gar nicht geprüft, was denn nun eigentlich bezeugt wird.

## Die freie Wirtschaft ruft nach Staatshilfe

Jeder, der die kapitalistische Wirtschaftsordnung für gut und leistungsfähig hält, muß diese ganze Entwicklung mit wachsender Besorgnis beobachten. Nicht die Tatsache macht den Kapitalismus aus, daß wir Privateigentum haben, sondern die Wirtschaftsgegnung, die man sehr einfach folgendermaßen charakterisieren kann: Jeder hat das Recht, seine Produkte so teuer als möglich zu verkaufen und soviel Gewinn zu machen, als er irgend kann; aber er muß auch das Risiko übernehmen, durch ungünstige Wirtschaftslage einmal alles einzubüßen. Diese beiden Alternativen gehören zusammen. Heute aber akzeptiert man zwar noch immer den Vorderfuß, jedoch um die Konsequenz des Nachsahes versucht man sich zu drücken. Gewinn will man machen und auch möglichst hohen, aber das Risiko versucht man abzuwälzen. Wenn man Gewinn macht, dann ist er — selbstverständlich — „wohl verdient“ und der „eigenen Tatkraft und Tüchtigkeit“ verdankt, wenn man Verlust hat, dann ist man selbst daran — wiederum selbstverständlich — nicht im mindesten Schuld, sondern die „Verhältnisse“, der Staat, die Regierung, die Beamten, oder wen man sonst als Sündenbock finden kann. In der Hochkonjunktur hat der Staat sich selbstverständlich nicht einzumischen und niemanden zu hindern, die Gewinne einzuheimen, in der Depression aber hat er zu heißen und die Verluste zu übernehmen.

Dieses Rufen nach Staatshilfe, das jetzt in allen, aber auch allen Wirtschaftszweigen üblich geworden ist, das ist es aber, was uns am deutlichsten zeigt, der alte Kapitalismus hat sein Selbstvertrauen, sein Selbstbewußtsein verloren. Ich weiß nicht, ob sich alle Unternehmer, aber auch die Landwirte darüber klar sind, daß dieses Einschalten des Staates in die Wirtschaft bereits Sozialismus bedeutet. Fassen wir die oben aufgezählten Tatsachen zusammen: Ausschaltung der Konkurrenz, volkswirtschaftlich durch Kartelle und Syndikate, weltwirtschaftlich durch Hochschuhszölle; Abwälzen der Verantwortung für die Angestelltenauswahl auf Prüfungskommissionen und Experimentalpsychologen; Abwälzen der Verantwortung für die richtige Deutung der Wirtschaftslage auf Konjunkturforschungsinstitute; Abwälzen der Verantwortung für richtige Kalkulation auf Kartelle und Trusts; Abwälzen der Notwendigkeit, sich der jeweiligen Lage anzupassen auf das Budget; Abwälzen des Risikos der Produktion auf den Staat! Was bleibt dann noch von der „freien“ kapitalistischen Wirtschaft übrig? Worin liegt der Unterschied zur sozialistischen oder Planwirtschaft?

Was Wunder, wenn die Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sagen: wenn die Wirtschaft schon von allein „verbeamtet“, wenn die Unternehmen schon beamtenmäßig nach „Schema F“ und nach „Routine“ geführt werden, warum sollen dann die Unternehmer und Direktoren nicht gleich durch Staatsbeamte ersetzt werden? Wenn der Staat

Wert auf Zeugnisse legen, andererseits den ganzen Betrieb zu schematisieren streben. Das Budget herrscht bzw. die vom Trust oder Kartell der Unternehmer erlassenen Vorschriften. Weder der Kunde kann noch mit einem lebendigen Lieferanten, noch der Arbeiter mit einem lebendigen Unternehmer, noch der Unternehmer mit einem lebendigen Arbeiter verkehren. Einen Wall von Papier haben die Menschen auch in der Wirtschaft zwischen sich ausgerichtet. Während bislang der „Instanzenweg“, die „Zuständigkeit“, die „Kompetenz“, das „Schema F“ viel belächelte und verpörrte Schwächen der Beamtenverwaltung waren, sind alle diese in der Verwaltung oft nicht zu umgehenden Attribute des Amtschimmels von der Wirtschaft mit Begeisterung aufgenommen worden.

Besonders in der jetzigen Wirtschaftskrise wirkt sich diese „Verbeamtung“ zu unser aller Schaden deutlich aus. Es kommt in Krisenzeiten alles darauf an, daß die Wirtschaft beweglich sei und sich Preise und Produktion möglichst rasch der immer neuen Situation anpassen. Diese Anpassung macht aber, wie sich jeden Tag feststellen läßt, immer größere Schwierigkeiten. Innerhalb der nationalen Wirtschaft finden Konferenzen statt wie zwischen feindlichen Großmächten; niemand scheint mehr selbständige Entscheidungen treffen zu können; zur Lösung jeder Frage werden vielköpfige Gremien bemüht, die dann in zahlreichen Sitzungen tagen. Was an Zeit und Kraft auf diese Weise in der Wirtschaft vertan wird, steht dem entsprechenden Aufwand in der Staats- oder Kommunalverwaltung sicherlich nicht nach. Keine Frage, daß dadurch der ganze Apparat unendlich schwerfällig wird, daß es immer längerer Zeit bedarf, ehe eine Sache wirklich durchgeführt werden kann. Der flüchtige Ausgang der „Preislenkungsaktion“ zeigt deutlich, wie „verbeamtet“ die Wirtschaft schon ist. Nirgends ein rascher Entschluß, überall Bedenken, sehr oft rein formaler Natur; überall Furcht, als erster nachzugeben und sich etwas zu vergeben. Dazu kommen natürlich Kompetenzschwierigkeiten, die sich darin auswirken, daß viele Kaufleute nicht mehr ihre eigenen Preise bestimmen können, sondern vom Verband oder Kartell bindende Vorschriften erhalten.

Schon das Risiko tragen muß, wenn man ihn schon — und zwar meist in recht „deutlichen“ Worten — für alles und jedes verantwortlich macht, warum soll er dann auch nicht den Gewinn einstreichen?

Man muß es einmal aussprechen: die „Verbeamtung“ bedeutet eine Gefahr für die ganze Wirtschaftsordnung! Nicht von der sozialistischen Arbeiterschaft geht die Vernichtung des Kapitalismus aus, sondern von den „kapitalistischen“ Unternehmern, die keinen Mut und keine Kraft mehr haben, kapitalistisch-Unternehmer zu sein. Wenn der Kapitalismus heute in ein kritisches Stadium eingetreten ist, so nicht deshalb, weil wir zuviel Sozialisten in der freien Wirtschaft, sondern weil wir zuviel „Verbeamtung“ und zu wenig Kapitalisten

haben. Es ist bereits oben gesagt worden, niemand wird zu bestreiten wagen, daß die Beamtenverwaltung ihre großen Schwächen hat, niemand wird vorhandene Fehler leugnen. Bei weitem gefährlicher aber, als in der Beamtenerschaft selbst, ist die „Beamtenmentalität“ in der freien Wirtschaft. Es muß also nicht nur alles getan werden, daß in der Beamtenerschaft diese subalterne Gesinnung verschwinde, es muß vor allem kein Mittel unversucht gelassen werden, die weitere „Verbeamtung“, „Verkalkung“ oder, wie eine große Tageszeitung es einmal ausdrückte, „Dereisung“ der Wirtschaft zu verhindern.

Universitätsprofessor Dr. R. Streller, Leipzig.

## Eisen- und Stahlwarenindustrie und Großkonzerne

**S**eit Jahr und Tag hofft die deutsche Stahlwaren-Industrie auf Besserung ihrer Lage. Die Hoffnungen sind enttäuscht: eine gewisse Zeit ließ der sog. Notexport sich unter Opfern durchführen, Reichsbahnaufträge gingen nur in geringem Umfange ein, trotz Messen und Sachausstellungen blieb die Belebung des Inlandmarktes aus. Das Frühjahrsgeschäft 1931 ist ungewöhnlich schlecht für Bauartikel, landwirtschaftliche, Haus- und Küchengeräte; lediglich Automobilzubehöriteile machen eine gewisse Ausnahme. Diese Lage kommt in der Zahl der arbeitslosen Facharbeiter, der Betriebsstilllegungen und -einschränkungen, der Insolvenzen, der zunehmenden Ueberschuldung klar zum Ausdruck. Minder leicht sind die Ursachen zu erkennen, trotzdem oft genug auf Tagungen betrieblicher Fachverbände von ihnen die Rede war. Was allgemein für die deutsche Wirtschaft gilt, trifft gewiß auch für die Eisen- und Stahlwaren-Industrie, diesem alten und ausfuhrwichtigen Gewerbebezweig, zu. Noch aber wird aus mancherlei Vorurteil heraus verkannt, wie schwer das Syndikatsdiktat der Eisenkonzerne auf ihr lastet.

Gegen Ende der Inflation, nachdem der Umschichtungsprozeß durch Geldentwertung vollendet war, setzte eine konsequent durchgeführte Syndikats- und Konzernpolitik ein, die in einzelnen Fällen wohl erheblich daneben griff, aber ihr Ziel, die monopolistische Marktbeherrschung, nicht aus dem Auge verlor. Durch Gründung der Spezial-Walzwerksverbände wurde der erste Schritt zur Beherrschung des Binnenmarktes getan. Der zweite war die Kontingentierung der westeuropäischen Eiseneinfuhr nach Deutschland unter gleichzeitigem Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft. Durch den Versailler Frieden war Frankreich, besonders zur Zeit seines Währungsverfalles, zum Eisen exportierenden Lande geworden. Der bestehende, auf die Zollgesetzgebung von 1902/03 zurückgehende Schutz für Walzwerksprodukte, Vormaterial der Eisen- und Stahlwaren-Industrie, genügte nicht, die Preisdiktatur auf dem deutschen Binnenmarkt sicherzustellen. Also garantierte man sich im zweiten Luxemburger Abkommen gegenseitigen Heimatschutz. Ein internationaler Privatvertrag schränkte die Einfuhr ein, nur 6,5 Prozent des jeweiligen deutschen Binnenabfahes sollten die Westländer exportieren. Da aber der selbständigen Weiterverarbeitung, vorzugsweise der Eisen- und Stahlwaren-Industrie, eine Ausfuhr bei Syndikat-Inlandspreisen restlos und mit einem Schlage unterbunden worden wäre, schlossen Rohstahlgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrien (Awi) jenes berühmte-berühmte Abkommen, über dessen „geniale“ Lösung zunächst beide Partner vollauf befriedigt waren. Trotz mehrfacher Aenderungen bestand und besteht es inhaltlich in der Rückvergütung der Differenz zwischen deutschem Inlands-Syndikats- und Weltmarktpreis im Falle der Ausfuhr. Die Verbände der Eisen- und Stahlwaren-Industrie sahen in den Ausführungsbestimmungen zum Abkommen, die sie zum Treuhänder des Exportes machten, eine reiche Gewinnquelle fließen. Darum zum Teil der dauernde Stunk innerhalb des Eftibundes. Auch ermöglichten die Aus-

führungsbestimmungen, einen gewissen Beitrittszwang auszuüben, wurden doch Verbandsangehörige und Außenstehende unterschiedlich behandelt. Welche Durchstechereien aber möglich waren, ließ der Schieberprozeß im Kölner Holzschrauben-Syndikat erkennen. Die Freude über den Abschluß des Awi-Abkommens war so groß, daß beinahe ein Warnungssignal übersehen worden wäre. Am 20. Mai 1926 erklärte das amerikanische Schahamt dieses Abkommen für eine Dumping-Maßnahme und erhöhte die Zölle. Es war der erste Wertstropfen in den Wein der Fröhlichen vom Frühjahr 1925.

Auf diese Abkommen gestützt, konnte die Syndikatspolitik eine restlose Beherrschung des Marktes hinsichtlich der Preise bzw. Ueberpreise und der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen anstreben, war doch der deutsche Binnenmarkt vom Weltmarkt abgesperrt. Unter Berufung auf die Selbstkosten wurden die Eisenpreise in einer Höhe gehalten, die zunehmend im Widerspruch zur Entwicklung der Weltmarktpreise stand. Keine Notverordnung, kein Gesetz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung (Kartellgesetz) kümmerte sich darum. Die offiziellen Syndikatsgrundpreise, so hoch sie an sich schon waren, bildeten aber nur das Fundament für zahlreiche und komplizierte Ueberpreisbestimmungen. Damit ist ja jetzt etwas aufgeräumt worden, die Schere zwischen In- und Auslandspreis besteht aber nach wie vor. Für das Standardprodukt der Eisen- und Stahlwaren-Industrie Stabeisen, klappte sie zeitweise um 70 Prozent, heute noch um rund 50 Prozent. Was besagt das? Der Vormaterialanteil am Endprodukt ist in einer so weit verzweigten Industrie wie der für Kleineisen- und Stahlzeug recht verschieden. Bleiben die größten Streuungen unberücksichtigt, beträgt er durchschnittlich zwischen 25 und 60 Prozent, während der Lohnanteil einen entsprechenden Spielraum einnimmt. Allein an Vormaterial ist der gesamte Inlandsabfah infolge der Preisdiktatur um 12,5 bis 30 Prozent zu teuer. Wenn das „Magazin der Wirtschaft“ den auf diese Weise erzielten Preisauftrieb von 1925 bis 1929 auf durchschnittlich jährlich rund 300 Millionen veranschlagt, so ist er für 1930, dem Jahre der bisher größten Spanne zwischen In- und Auslandspreis, bestimmt nicht ge-



Lauringen a. D. Am Tränktor

ringer. Die geringe Senkung der Syndikatspreise ist aber längst durch Lohnsenkungen aufgehoben worden. Die bei jeder Exportfirma der Eisen- und Stahlwaren-Industrie zu erhaltende Praxis lehrt, daß auch die Gegenrechnung stimmt. Das selbe Erzeugnis wird an das Ausland um 12 bis 30 Prozent billiger als im Inlande verkauft. Das ist das Ergebnis der Konzerndiktatur, hinter welches das Vordringen der Schwerindustrie in die Weiterverarbeitung an Bedeutung erheblich zurücktritt.

Hinter dieses eigenartige System, welches nach Ausbeutung riecht, ist nachgerade der letzte deutsche Verbraucher gekommen. Er fragt sich mit Recht, warum er durch seinen Kauf den Export finanzieren soll. Konkret: warum soll ich als Bauer mir Schuppe, Spaten, Hacke, Schere, Drahtkurzwaren zulegen, wenn durch die Exportrückvergütung mein belgischer oder holländischer Konkurrent sie um 25 Prozent billiger erhält. Aus diesem psychologischen Moment erklärt sich die zweifellos bestehende Zurückhaltung der Käuferschaft. Hinzu kommt das Unvermögen, die schwindende Kaufkraft. Der Binnenmarkt wird unter der Konzerndiktatur auf das geringste mögliche Maß zusammenschumpfen, wodurch auch, mangels zureichender Exportprämien, die Ausfuhr in sich

zusammenbricht. Schon seit längerem gibt in manchen Erzeugnissen die Eisengewinnung keine Auslandsquoten zum jetzigen Weltmarktpreise mehr ab. Wenn Ende 1931 die Eisenerzeugung auf etwa 20 Prozent ihrer vorhandenen Kapazität gesunken sein wird, ist die Normalbasis vielleicht erreicht.

Die Konzerndiktatur in der Eisenindustrie hat aber auch eine prinzipielle Seite. Gerade die Konzerne der Kohlen-Eisenindustrie sind die Vorkämpfer der Konzernierung der gesamten deutschen Wirtschaft, soweit sie für den Hochkapitalismus reif ist. Nicht nur von Seiten des Staates und durch Gesetzesmaßnahmen ist die Freiheit der Wirtschaft beseitigt worden. Die in Deutschland übliche Konzernpolitik hat zu ihrem Teil zu grundlegenden Strukturwandlungen beigetragen, die einerseits zu einer Verproletarisierung in sozialer Hinsicht, andererseits zu einer Erstarrung in wirtschaftlicher Hinsicht führen. Den Konzernen steht ihr Ruf nach Freiheit der Wirtschaft schlecht an. In der Eisenverarbeitung haben gerade sie mit dieser Freiheit restlos aufgeräumt, dafür die Diktatur ohne Gesetz eingeführt. Vorübergehend mögen dieser Politik gewisse, besonders materielle Erfolge beschert sein. Aber der Fundamentalsatz bleibt bestehen, daß sich wohl der Preis, nicht aber der Absatz diktieren läßt. L. Sch., Hagen.

## Ein halbes Jahrzehnt Stahltrust



Die horizontale und vertikale Konzentrationswelle, die sich nach der Inflation über die deutsche Wirtschaft ergoß, mündete im Ruhrrevier aus in die Gründung des Stahltrusts. Am 14. Januar 1926 wurde die Vereinigte Stahlwerke AG. als Studiengesellschaft gegründet. Am 7. Mai 1926 setzte man das Kapital auf 800 Millionen RM. fest. Der Phoenix, AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen, die Gelsenkirchener Bergwerks-AG., die sich kurz vorher mit dem Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG. in Bochum fusionierte, Thyssen und Rhein Stahl brachten ihre Betriebsanlagen in die Vereinigten Stahlwerke ein. Gelsenberg behielt lediglich die Zeche „Monopol“, Rhein Stahl die Zechen und Thyssen große Kohlenfelder am Niederrhein, das Gasgeschäft usw. Von dem Kapital der Vereinigten Stahlwerke AG. von 800 Millionen RM. erhielten:

Gelsenberg . . . . .	316 Millionen RM.	= 39,5 %
Thyssen . . . . .	208	= 26,0 %
Phoenix — v. d. Zypen	208	= 26,0 %
Rhein Stahl . . . . .	68	= 8,5 %
	<u>800 Millionen RM.</u>	

Don den Genusscheinen bekamen:

Gelsenberg . . . . .	36 Millionen RM.
Thyssen . . . . .	67
Phoenix . . . . .	15
Rhein Stahl . . . . .	7
	<u>125 Millionen RM.</u>

Man wollte konzentrieren, rationalisieren, um die Verwaltung zu vereinfachen, die Speesen zu senken, die Geschäftskosten herabzudrücken, die Betriebe wieder wirtschaftlich zu gestalten. Aber mit der Gründung schon erfolgte der erste Fehler. Das Kapital wurde mit 800 Millionen RM. nicht nur zu hoch angelegt, sondern die Ueberkapitalisierung noch dadurch vergrößert, daß weitere 125 Millionen RM. an Genusscheinen begeben wurden, die im Laufe der ersten Jahre nach der Gründung zurückgekauft werden mußten. Heute beträgt das zu verzinsende Aktienkapital 800 Millionen RM. netto. Daneben ist noch ein Leihkapital von rund 500 Millionen RM., das in Deutschland und in Amerika aufgenommen wurde, mit 6½ und 7% zu verzinsen ist und im abgelaufenen Jahre eine Summe an Zinsen erforderte, die nicht unerheblich größer war als die zur Verteilung gezeichnete Dividende.

Die Vereinigten Stahlwerke hätten besser getan, die verteilten Gelder zu behalten. Gebrauchen konnten sie diese. Aber es werden wohl die Banken und Großaktionäre mitgesprochen und mitgefördert haben. Wie es aber wird, wenn die Krise weiter anhält, das vermag zunächst niemand zu sagen. Möglich ist aber, daß man dann einsieht, daß das zu verzinsende Kapital doch zu groß ist und es notwendig erscheint, das Kapital dem sich aus der Depression entwickelten Geschäftsvolumen anzugleichen. Das läme einer Kapitalherabsetzung gleich.

Den zweiten Fehler beging man insofern, als man mehrere der Gründergesellschaften fast ausschließlich zu dem Zwecke bestehen ließ, die übernommenen Aktien der Vereinigten Stahlwerke zu verwalten: Vereinigte Stahlwerke van der Zypen, Phoenix und Gelsenberg. Letztere Gesellschaft hatte zwar in der Zeche „Monopol“ einen Produktionsbetrieb, sie war jedoch vorwiegend eine Gesellschaft zur Verwaltung der bei ihr ruhenden Stahlvereinsaktien. So bestanden und bestehen denn an Stelle einer Verwaltung vier Verwaltungen, statt nur eines Geschäftsberichtes müssen vier ausgegeben werden, statt einer Generalversammlung werden vier abgehalten usw., ganz abgesehen von den doppelten Steuern, den doppelten Vorstandsgehältern und Aufsichtsratsstantiemen usw. Es wäre einmal recht interessant, festzustellen, wie hoch sich die Kosten des Nebeneinanderbestehens der verschiedenen Gesellschaften belaufen. Es sind sicherlich erhebliche Millionenbeträge, die im Endeffekt die Vereinigten Stahlwerke belasten und dazu beitragen, daß die Produktionskosten trotz der Mechanisierung, trotz der Rationalisierung und der gesteigerten Leistungen der Arbeiterschaft nach wie vor sehr hoch sind und die Gesellschaft reizen, immer wieder Angriffe auf die Löhne der Arbeiter, auf die Gehälter der Angestellten und Beamten zu unternehmen. Eine Zusammenfassung der einzelnen Gesellschaften kann eine Entlastung bringen, die auch die Produktionskosten positiv beeinflussen muß. Man hat auf dem halben Wege haltgemacht!

Man braucht nur auf den wirtschaftlichen Widerzinn hinzuweisen, daß der Phoenix und Gelsenberg beim Stahlverein heute noch große Summen Guthaben, daß der Phoenix eine Anleihe aufnimmt, die er den Vereinigten Stahlwerken mit einem gewissen Zinsnußen zur Verfügung stellt, daß die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen, obgleich der Phoenix deren Kapital fast ganz besitzt, heute noch als selbständige Gesellschaft bestehen bleiben usw. Aber gegen die Positionen der Hauptinteressenten ist bei dem heutigen Aktientrecht doch nicht anzukommen. Wirtschaftlich ist das Nebeneinanderbestehen von Stahltrust, Gelsenberg, Phoenix, van der Zypen keines-

wegs, es soll lediglich, wie es damals in dem Communiqué der Gelsenberg anlässlich der Transaktion um den Phönix hieß, dem Zwecke dienen, die Verhältnisse beim Stahlverein zu „konsolidieren“.

Aber lag die Konsolidierung, wie sie bisher gefördert wurde, denn im Interesse einer vernunftgemäßen Wirtschaft? Diese Frage darf man wohl mit einem glatten Nein beantworten; sie diene lediglich dem Interesse zweier Großaktionäre: Thyssen — Glück. Und wenn heute noch größere Beträge an Steuern, Verwaltungskosten usw. hierüber in Kauf genommen werden, dann nur deshalb, weil die Nebengesellschaften des Stahltrustes das Fundament der Position der beiden Stahlvereinsgroßaktionäre sind. Deshalb der heftige Widerstand der Verwaltungen gegen irgendwelche Liquidationen und Zusammenschlüsse mit den Vereinigten Stahlwerken. Erst ein völliger Zusammenschluß führt aber zu einer Konsolidierung beim Stahltrust, zu einer Konsolidierung, die wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht, die aber trotzdem den beherrschenden Einfluß der beiden Großaktionäre Thyssen und Glück kaum zu mindern braucht. Warum?

Das Aktienkapital der Vereinigten Stahlwerke von der Thyen beträgt 22,2 Millionen RM. Von diesen befinden sich heute etwa 16 Millionen RM. im Besitz des Phönix. Die restlichen 6 bis 7 Millionen RM. könnte der Phönix leicht mit Hilfe eigener Vorratsaktien umtauschen. Daß er die notwendigen Aktien zur Verfügung hat, ist anzunehmen. Mit einer Fusion käme der Phönix nicht nur in den direkten Besitz der bei van der Thyen ruhenden rund 20 Millionen RM. Stahlvereinsaktien, sondern auch seine Bilanz würde sich nicht unwesentlich bessern. Nachstehend lassen wir einige Bilanzen folgen, die dartun, wie van der Thyen und der Phönix vor und nach einer solchen Fusion aussehen (Millionen RM.):

Phönix (31. März 1930)

Anlagen . . . . .	0,10	Aktienkapital . . . . .	205,00
Wertpapiere und Be-		Genußscheine . . . . .	0,18
teiligungen . . . . .	228,13	Reserven . . . . .	30,55
Hypotheken . . . . .	0,19	Anleihen . . . . .	0,46
Schuldner . . . . .	27,59	Gläubiger . . . . .	4,45

Van der Thyen (1. März 1930)

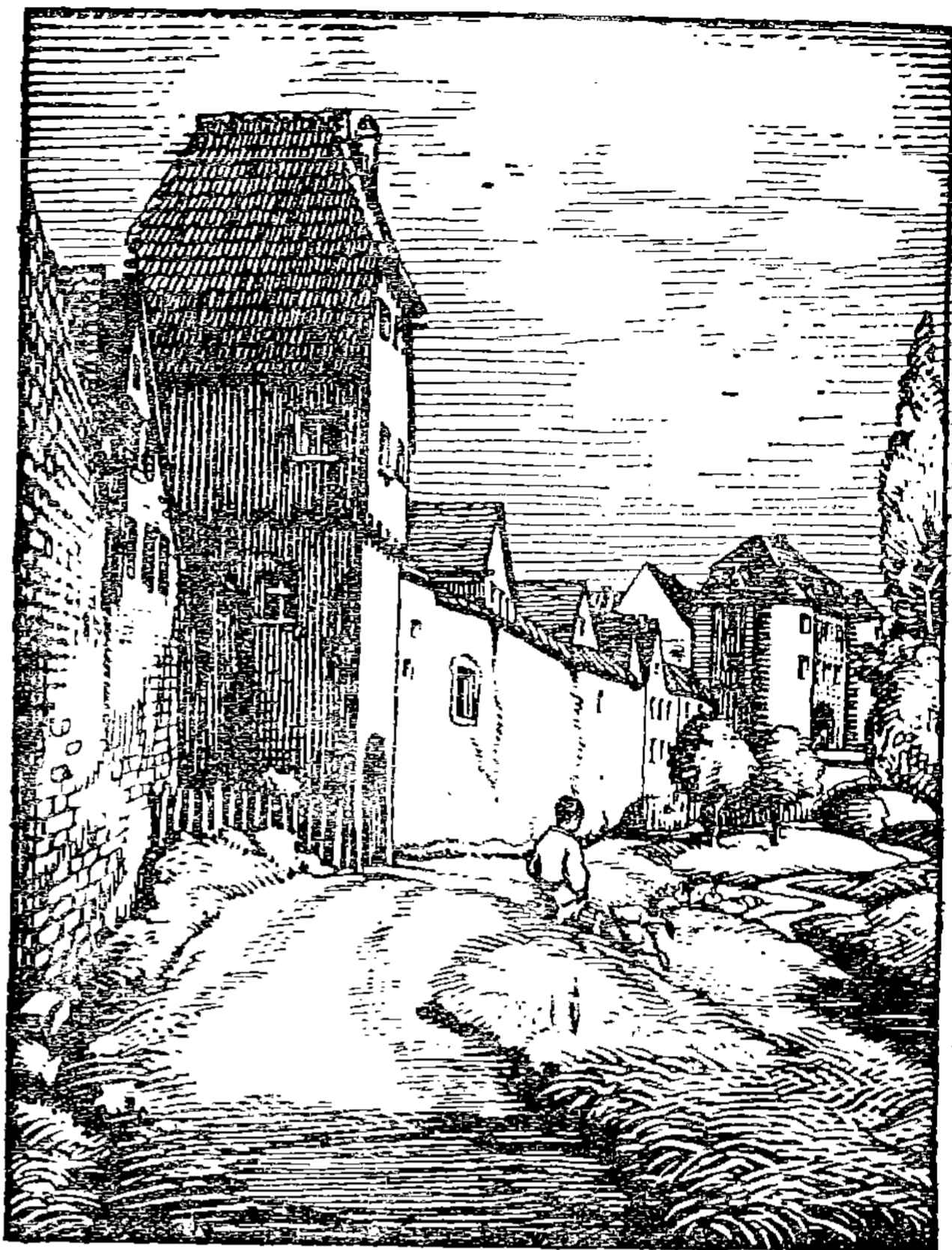
Wertpapiere und Be-		Aktienkapital . . . . .	22,20
teiligungen . . . . .	18,74	Reserven . . . . .	2,50
Schuldner . . . . .	9,08	Gläubiger . . . . .	1,32

Nach einer Fusion Phönix — van der Thyen würde die Bilanz ungefähr so aussehen (Millionen RM.):

Wertpapiere und Be-		Aktienkapital . . . . .	205,00
teiligungen . . . . .	ca. 235,00	Reserven . . . . .	33,00
Grundstücke und Ge-		Anleihen . . . . .	34,50
bäude . . . . .	ca. 0,10	Genußrechte . . . . .	0,20
Schuldner . . . . .	ca. 55,00	Gläubiger . . . . .	6,00

Der Hauptbesitz des Phönix würde nach einer solchen Fusion in etwa 235 Millionen RM. Stahlvereinsaktien, in eigenen Aktien und sonstigen Beteiligungen und Wertpapieren bestehen.

Auf dieser Basis könnte sich auch ein Zusammenschluß Gelsenberg — Phönix vollziehen, und zwar ohne daß dadurch die Position der Haupt-Stahlvereinsaktionäre in einer solchen Weise gefährdet würde, daß ihnen die Kontrolle verlorengehe. Gelsenberg besitzt bekanntlich seit der Transaktion Gelsenberg — Phönix ungefähr 85 Millionen RM. Phönixaktien. Da der Phönix auch nach einer Übernahme von van der Thyen einen Posten eigener Aktien besitzen dürfte, wären, falls Gelsenberg die aufnehmende Gesellschaft und der Umtausch in Stahlvereinsaktien vorgenommen würde, bei einem Umtausch von 10 Phönix zu 11 Stahlvereinsaktien etwa 125 Millionen RM. Stahlvereinsaktien notwendig. Der Besitz Gelsenbergs an Stahlvereinsaktien würde, wenn man die Angaben der Präsenzliste der letzten Generalversammlung des Stahlvereins zugrunde legt, damit auf etwa 150 Millionen Reichsmark zurückgehen. Gleichzeitig würden ihm aber etwa 215 Millionen RM. Stahlvereinsaktien, die sich im Besitz des



In Donauwörth

Phönix befinden, wieder zufließen, so daß sich der Gesamtbestand an Stahlvereinsaktien nach der Transaktion auf rund 360 bis 370 Millionen RM. nom. belaufen würde.

Nun wird das Kapital von Gelsenberg durch den Großaktionär Dr. Glück kontrolliert, der selbst oder mit anderen noch über mehr als 30 Millionen RM. Stahlvereinsaktien hat und so direkt und indirekt über 400 Millionen RM. Stahlvereinsaktien und damit die Majorität unter seiner Kontrolle hätte. Rechnet man den Besitz an Stahlvereinsaktien, über den Dr. Thyssen verfügt, hinzu, so befände sich auch nach dem Verschwinden von van der Thyen und dem Phönix die Kontrolle von etwa 75% des Kapitals des Stahlvereins bei Dr. Thyssen und Dr. Glück. Gleichzeitig wären aber auch die Verwaltungen zweier nicht mehr existenzberechtigter Gesellschaften verschwunden, die „Konsolidierung beim Stahlverein“ einen erheblichen Schritt weiter gekommen. Gelsenberg hätte sein Kapital auch nicht um eine Aktie zu erhöhen brauchen. Daß sich eine solche Fusion in der Bilanz von Gelsenberg natürlich auswirken müßte, ist selbstverständlich. Auch hier lassen wir eine Zahlenreihe folgen, wobei die Reserven beim Phönix berücksichtigt wurden (Millionen RM.):

Anlagen . . . . .	85,55	Aktienkapital . . . . .	263,00
Vorräte . . . . .	5,50	Reserven . . . . .	109,25
Wertpapiere und Be-		Anleihen . . . . .	97,00
teiligungen . . . . .	ca. 380,00	Langfrist. Verpflcht. . . . .	77,00
Schuldner . . . . .	150,00	Gläubiger . . . . .	35,40
		Sonstige Verpflcht. . . . .	2,50
		N. nicht abrechnungs-	
		fähige Verpflcht. . . . .	8,65
		Sparguthaben . . . . .	3,30
		Abschreibungen . . . . .	7,85
		Dollarkredit . . . . .	13,00

Gelsenberg hätte nach dieser Bilanz rund 360 bis 370 Millionen RM. nom. Stahlvereinsaktien. Durch Auflösung der Phönix-Reserve erzielt Gelsenberg aber noch einen erheblichen Buchgewinn, den es zu Abschreibungen auf Wertpapiere oder Anlagen benutzen kann. Auch muß berücksichtigt werden, daß Gelsenberg überschüssende Forderungen in erheblicher

Söhe übernimmt. Die Schuldner würden die langfristigen Verpflichtungen, Gläubiger und die noch nicht abrechnungsfähigen Verpflichtungen noch übersteigen. Eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe von Gelsenberg ist bekanntlich durch 125 Millionen RM. Stahlvereinsaktien sichergestellt. Diese würden durch die Transaktionen nicht betroffen. In der Bilanz ist im übrigen die von Phönix begebene und an die Vereinigten Stahlwerke verliehene 20-Millionen-hfl.-Anleihe enthalten, zwar sowohl unter den Anleihen als auch unter den Schuldnern. Eingestellt worden ist auch der vor kurzem von Gelsenberg aufgenommene Dollarkredit.

Und nun die große Frage! Wäre nach einer solchen Regelung der Schritt zu einer gänzlichen Fusion Vereinigte Stahlwerke — Gelsenberg wohl zu kompliziert? Zweifelsohne nicht. Sie hängt lediglich von dem Willen und den Absichten des Generaldirektors Flick ab, der die Macht in Händen hat.

Nicht immer war er stark. Erst mit der Stabilisierung der Mark begann sein Stern zu steigen. Vorher war er noch

Direktor und dann Generaldirektor der Charlottenhütte im Siegerland. Ueber Schlesien und Polnisch-Oberschlesien kam er nach Mitteldeutschland, errichtete hier mit den Vereinigten Stahlwerken die Mitteldeutschen Stahlwerke, nahm tätigen Anteil an der Gründung der Vereinigten Stahlwerke selbst und vergaß nicht, dafür zu sorgen, daß seine Stellung bei dieser Gesellschaft immer stärker wurde und sein aktienmäßiger Besitz an diesem Unternehmen durch zahlreiche geschäftliche Züge immer mehr answoll. Aus den Stahlvereinsaktien wurden Gelsenbergaktien, und heute ist er der Herr. Immer lebhafter wurde sein Ausdehnungsdrang. Die Maximilianshütte riß er an sich, und zuletzt fügte er die Charlottenhütte, die Maximilianshütte und die Mitteldeutschen Stahlwerke zu einem Block zusammen, der mehr ein Privatkonzern ist. So ist heute seine Macht gewaltig: Beherrscher der Vereinigten Stahlwerke, Besitzer eines Konzerns in Mitteldeutschland, Interessent in Schlesien usw.

Dr. C.

## Die deutsche Maschinenindustrie im Jahre 1930



Das Jahr 1930 war auch für die deutsche Maschinenindustrie ein Jahr schärfter Krise. Steigerter Rückgang des Beschäftigungsgrades, bedingt durch einen starken Rückgang des Auftragsbestandes, waren die äußeren Zeichen. Besonders stark gingen die Inlandsaufträge zurück. Erfreulich ist es, daß es gelang, einen Teil dieses Rückganges durch verstärkte Hereinnahme von Auslandsaufträgen wieder wettzumachen. Insgesamt gesehen ist aber auch in der Maschinenindustrie eine weitere Verschlechterung der Lage festzustellen.

Gegen Ende des Jahres waren nur noch zirka 50% der vorhandenen Arbeitsplätze besetzt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging im Laufe des Jahres um rund ein Viertel zurück. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ermäßigte sich von 46,7 auf 41,7 Stunden. Gegenwärtig (Anfang 1931) liegt der Auftragseingang um etwa 70% unter dem Höchststand von 1927.

Von der eisenverarbeitenden Industrie wurde das Jahr hindurch ein heftiger Kampf um die Eisenpreise geführt. Von dieser Seite wurde scharf über zu hohe Eisenpreise geklagt. Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, forderte man eine wesentliche Preisermäßigung. Weiterhin besteht zwischen der eisenzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie ein Abkommen („Awi“-Abkommen), wonach der weiterverarbeitenden Industrie für Eisen, das zur Erledigung von Auslandsaufträgen Verwendung findet, eine Rückvergütung gewährt wird. Diese Rückvergütung, welche monatlich neu festgesetzt wird, bewegt sich auf der Höhe der Differenz zwischen Weltmarktpreis und deutschem Inlandspreis.

Während der Inlandsmarkt mehr und mehr einstumpfte, konnte die Maschinenindustrie ihre Stellung auf dem Weltmarkt behaupten und teilweise verbessern. Während bei einigen Maschinenarten leichte Rückgänge in der Ausfuhr zu verzeichnen sind, ist bei anderen Arten eine merkliche Steigerung festzustellen.

Deutschland stand vor dem Kriege an der Spitze der Maschinenausfuhrländer. Bis 1925 wurde es ganz erheblich zurückgedrängt. In den letzten Jahren gelang es aber, den zweiten Platz nach Amerika und vor England wieder zu erobern. Der Ausfuhr steht eine verhältnismäßig geringe Einfuhr gegenüber. Die Ein- und Ausfuhr betrug in Doppelzentner:

	1913	1926	1927	1928	1929	1930
Einfuhr	878 997	343 907	608 271	695 597	531 640	401 827
Ausfuhr	5 943 143	3 929 533	4 584 380	5 380 261	6 368 242	7 009 411

Gegenüber 1913 ist ein erhebliches Absinken der Maschineneinfuhr festzustellen, während die Ausfuhr seit 1926 stetig gestiegen ist und selbst im Krisenjahr 1930 noch um 641 169 Doppelzentner zugenommen hat.

Die Gesamtausfuhr verteilt sich auf folgende Hauptmaschinenarten (vorläufige Zahlen nach „Wirtschaft und Statistik“):

	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930
	In Doppelzentner				Werte in 1000 RM.			
Textilmaschinen	126 216	71 269	894 125	593 515	27 981	18 763	253 772	173 174
Dampflokomo- toren	785	3 138	179 966	417 177	36	332	25 315	18 128
Werkzeug- maschinen	53 921	39 574	1 065 465	1 297 955	14 794	12 579	210 133	226 611
Sandwirtschaf- tliche Maschinen	69 717	50 938	484 965	440 800	8 492	7 025	46 652	39 456
Elektrische Maschinen	41 761	30 277	365 616	382 750	11 554	9 200	97 751	107 608
Sonstige Maschinen	285 725	237 355	3 043 325	3 479 825	74 273	62 236	616 621	655 893
<b>Gesamt</b>	<b>578 125</b>	<b>425 551</b>	<b>6 224 462</b>	<b>6 612 131</b>	<b>137 273</b>	<b>110 135</b>	<b>1 250 244</b>	<b>1 260 876</b>

Aus vorstehender Aufstellung ist eine weitere Senkung der Einfuhr zu ersehen. Der Rückgang der Einfuhr beträgt 152 574 Doppelzentner. Dagegen stieg die Ausfuhr gegenüber 1929 um 387 669 Doppelzentner.

In Folgendem sei ganz kurz die Entwicklung in einigen wichtigen Zweigen der Maschinenindustrie aufgezeigt.

Verhältnismäßig günstig entwickelte sich die Ausfuhr der Werkzeugmaschinenindustrie. Trotz der Krise konnte die Gesamtmenge im Jahre 1930 um 22% gesteigert werden. Wertmäßig stieg die Ausfuhr aber nur um 8%. Nachstehend die Gesamtausfuhrzahlen der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie:

Jahr	Menge in Doppelzentner	Wert in RM
1913	902 792	98 272 000
1925	581 552	95 781 000
1926	727 747	109 821 000
1927	768 776 = 100	135 713 000 = 100
1928	881 590 = 114,7	165 495 000 = 121,2
1929	1 065 465 = 138,6	210 133 000 = 154,8
1930	1 297 955 = 168,8	226 611 000 = 167,0

Es ist also eine stetige Aufwärtsentwicklung sowie seit 1913 eine immerhin bemerkenswerte Steigerung der Ausfuhr in Werkzeugmaschinen festzustellen.

Die Entwicklung der Ausfuhr in Verbrennungs- und Explosionsmotoren für Fahrzeuge ist seit 1927 ständig gestiegen. Besonders im Jahre 1930 zeigt sich eine bedeutende Zunahme. Die Entwicklung ist folgende:

Jahr	Menge in Doppelzentner	Wert in RM
1927	21 409 = 100	13 493 000 = 100
1928	46 748 = 218	21 957 000 = 162,7
1929	86 955 = 406,3	31 682 000 = 234,8
1930	139 472 = 651,5	44 259 000 = 328,0



Die Ausfuhrmenge ist bedeutend mehr gestiegen als der Ausfuhrwert. Etwas günstiger verhalten sich Ausfuhrmenge und Ausfuhrwert bei folgenden Maschinenarten:

	Textilmaschinen				Metallbearbeitungs- maschinen				Landwirtschaftliche Maschinen			
	Menge		Wert in 1000 RM.		Menge		Wert in 1000 RM.		Menge		Wert in 1000 RM.	
	dz.	%	%	%	dz.	%	%	%	dz.	%	%	%
1927	552 041	100	199 462	100	631 733	100	116 371	100	482 496	100	43 999	100
1928	685 524	124,1	178 040	127,6	716 865	113,4	141 465	121,9	405 480	94,7	43 398	98,6
1929	863 184	156,3	228 723	163,9	881 836	139,5	182 342	157,1	440 899	102,9	39 456	89,7
1930	593 515	107,5	173 174	124,2	113 220	176,2	200 169	172,0	484 965	113,2	46 652	106

Bei Textilmaschinen ist die Wertkurve mehr als die Mengenkurve gestiegen. Dagegen sank sie bei Metallbearbeitungsmaschinen im Jahre 1930 unter diese. Auch bei landwirtschaftlichen Maschinen ist der Ausfuhrwert gegenüber der Ausfuhrmenge im Verhältnis zu 1927 geringer.

Eine Steigerung erfuhr auch die Ausfuhr an Pumpen, Sämmern, Gebläse, Hebe- und Fördermaschinen. Sie stieg von 280 921 Doppelzentner im Jahre 1929 auf 313 719 Doppelzentner im Jahre 1930. Der Wert erhöhte sich von 51 814 000 RM auf 55 927 000 RM. Auch hier ist ein Nachlassen der Preise feststellbar.

Eine recht günstige Entwicklung ist bei Baggern und Rammern zu verzeichnen. Hier stieg die Wertkurve mehr als die Mengenkurve, wie die nachstehenden Zahlen ausweisen:

	1927	1928	1929	1930
Menge in dz	55 898	62 333	98 317	196 285
In Prozent zu 1927	100	111,5	175,8	351,1
Wert in 1000 RM	6 536	7 753	13 789	27 751
In Prozent zu 1927	100	118,6	210,6	424,5

Eine recht erhebliche Steigerung ist bei der Ausfuhr von Maschinen für Holzstoff- und Papierherstellung festzustellen. Die Ausfuhrmenge stieg gegenüber dem Vorjahre von 137 021 auf 230 065 Doppelzentner. Der Wert stieg von 19 183 000 RM auf 31 191 000 RM. Hier haben sich die Preise gegenüber 1927 gut gehalten. Nimmt man Ausfuhrmenge und Ausfuhrwert von 1927 = 100, dann stellt sich die Ausfuhrmenge im Jahre 1930 im Verhältnis zu 1927 auf 180,6 und der Wert auf 186,4.

Nachstehende Aufstellung gibt Aufschluß über Ausfuhr der deutschen Maschinenindustrie nach den verschiedenen Ländern in Millionen Reichsmark:

Ausfuhr nach	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	In % der Ges.-Ausfuhr 1929   1930	
Belgien-Luxemburg	12,8	20,3	17,8	25,8	27,2	56,3	65,1	4,0	4,6
Frankreich	15,6	22,3	23,0	38,4	65,7	140,8	197,4	10,1	14,0
Großbritannien	19,2	33,3	39,8	52,2	57,1	80,8	78,2	5,8	5,6
Italien	31,3	59,9	61,1	46,4	56,3	71,5	62,4	5,1	4,4
Niederlande	34,9	48,1	52,6	59,7	78,1	93,3	86,9	6,7	6,2
Polen-Danzig	39,7	41,7	21,9	51,1	71,9	61,8	36,2	4,4	2,6
Rußland	11,9	39,9	65,6	124,0	132,2	112,0	183,3	8,0	13,0
Schweiz	23,4	29,3	26,6	33,2	44,2	52,8	49,9	3,8	3,5
Tschechoslowakei	24,8	34,7	33,9	36,1	61,2	68,6	48,2	4,9	3,4
Argentinien	19,8	29,6	30,1	31,4	43,4	51,1	35,7	3,7	2,5
Brasilien	23,9	43,9	38,5	25,7	32,0	36,8	18,5	2,6	1,3
Brit.-Südafrika	2,4	6,4	4,6	20,1	16,8	10,7	8,9	0,8	0,6
Verein. Staaten von Amerika	12,9	19,0	34,6	34,1	32,9	50,9	34,4	3,7	2,4
Sonstige Länder	222,7	281,8	318,3	359,5	414,6	507,3	503,3	36,4	35,9
Insgesamt	495,3	709,6	769,2	937,7	1 143,6	1 394,5	1 468,4	100	100,0

Bemerkenswert ist die Zunahme der Ausfuhr nach Frankreich und Rußland. Im ersteren Falle stieg sie von 15,6 Millionen Reichsmark im Jahre 1924 = 3,1% der Gesamtausfuhr auf 197,4 Millionen Reichsmark = 14% der Gesamtausfuhr im Jahre 1930. Die Ausfuhr nach Rußland stieg im gleichen Zeitraum von 11,9 auf 183,3 Millionen Reichsmark = von 2,4% auf 13% der Gesamtausfuhr.

Für das Jahr 1931 besteht nur geringe Hoffnung auf Belebung der Beschäftigung. Der Maschinenindustrie ist immerhin durch die im Januar eingetretene Senkung der Eisenpreise, durch die Ermäßigung der Brennstoffkosten sowie durch die allenthalben eingetretene Senkung der Tariflöhne die Möglichkeit gegeben, ihre Preise auf Grund der so neugeschaffenen Kalkulationsbasis für die Berechnung der Selbstkosten herabzusetzen. Gelingt es, durch Preisenkung eine Steigerung des Auftragsbestandes zu erzielen, dann ist ferner die Möglichkeit gegeben, den vom Beschäftigungsgrad unabhängigen Teil der Kosten zu verringern und einer weiteren Gesundung der Verhältnisse den Weg zu ebnen.  
G. Pelster.

## Fragwürdige Finanzpolitik der Kommunen



Die kommunalen Statberatungen der letzten Wochen haben die seit Jahren versprochene Steuererleichterung nicht hervortreten lassen, vielfach sind sogar an ihre Stelle neue Lasten getreten, um den Haushalt ins Gleichgewicht bringen zu können. Wieder mußte man die bedauerliche Feststellung machen, daß alle Warnungen vor einer Ueberspannung der Steuern nicht so verstanden und aufgefaßt wurden, wie es in der augenblicklichen Notzeit nötig wäre. Gewiß sind tatsächliche Zwangsläufigkeiten in den kommunalen Ausgaben vorhanden, aber diese hätten das finanzielle Geschick der Gemeinden nicht in diesem katastrophalen Maße beeinflußt, wenn nicht allzu viele vermeidbare Aufwendungen noch hinzugekommen wären. Die Folge war eine steigende Verschuldung der Gemeinden. Trotz der Bremse der Beratungsstelle konnten die Kommunen in den 5 Jahren von 1924 bis 1929 7 561,4 Millionen RM. neue Schulden aufnehmen, die zum weitaus größten Teil nicht für zwangsläufige Ausgaben Verwendung fanden, sondern zu Lasten der Steuerzahler für eine kostspielige wirtschaftliche Betätigung der Kommunen verausgabt wurden. Diese Verschuldung war nicht notwendig, wenn man bedenkt, daß eine gewisse vorsichtigerer Politik hinsichtlich des kommunalen Wohnungs-, Verkehrs- und Grundstückswesens am Platze gewesen wäre. Betrug die Zinsenlast aus allen Krediten auf diesem Gebiete im Jahre 1929 schon rund 600 Millionen RM., so dürfte heute diese Zinsenlast schon mit 700 Millionen RM. zu veranschlagen sein. — Stellt man diesem Betrag die von den Kommunen immer

zitierten Ausgaben für die Wohlfahrtsverbandslosen mit 185 Millionen RM. im Jahre 1930 und voraussichtlich 345 Millionen RM. im Jahre 1931 (Angaben des Preuß. Städtetages) gegenüber, so dürften doch die ersteren Ausgaben auch heute noch im Gemeindehaushalt einen recht beträchtlichen Anteil ausmachen. An erster Stelle steht mit rund 2 Milliarden RM. der Wohnungsbau, der zu mehr als einem Viertel die Höhe der Kommunal-schulden erklärt. Die Verzinsung dieser Schulden muß noch zu einer erheblichen Belastung der Haushalte werden. Noch der neueste Fall in Düsseldorf zeigt, daß die Stadt allein an einem Geschäft mindestens 5 Millionen RM. einbüßen und daß außerdem noch der städtische Haushalt laufend mit 250 000 Reichsmark Unterbilanz bei einem einzigen Hausverwaltungskonto belastet wird. Das ist nur ein Fall, dem sich noch zahlreiche andere in vielen Kommunalverwaltungen anzeihen ließen.

Besondere Beachtung verdient in den kommunalen Haushaltungen auch der Posten Vermögensverwaltung, bei dem es sich fast in der Hauptsache um Grundstücke handelt. Der Grundbesitz der Kommunen hat sich allmählich gewaltig gesteigert, besitzen doch die Gemeinden mindestens 10—30% der gesamten Stadtfläche. Von den insgesamt rund 7½ Milliarden RM. Schulden der Kommunen entfielen am 31. März 1929: 649 Millionen RM. oder 8,6% auf die Vermögensverwaltung. Da die Gemeinden umfangreiche Einrichtungen zur Hebung des wirtschaftlichen Verkehrs schufen, haben 22% des Kapitalbedarfs der letzten 5 Jahre in In-

vestitionen von Verkehrsunternehmungen Verwendung gefunden. 3. B. sind von den 35 größeren Rheinhäfen allein 21 in kommunalem Besitz.

Stark ausgeweitet hat sich der kommunale Expansionsdrang auch auf Schlacht- und Viehhöfe, Markt- und Messehallen, Ziegeleien, Gruben, Steinbrüche, land- und forstwirtschaftliche Betriebe usw. Von den rund 1000 Schlachthöfen werden nur 50 privat verwaltet. Einen gewaltigen Umfang hat nach dem Kriege auch das städtische Bank- und Kreditwesen angenommen. Schon Ende 1930 belief sich der Anlagenbestand der kommunalen Sparkassen auf über 10 Milliarden RM. Wenn auch die öffentlichen Betriebe allmählich immer mehr dazu herangezogen wurden, einen mehr oder minder großen Teil des Zuschußbedarfs zu decken, so haben andererseits zahlreiche Städte es am eigenen Leib gespürt, daß sie sich übernommen haben und nicht mehr in der Lage sind, rationell zu wirtschaften. 3. B. soll laut Presseberichten die Stadt Berlin allein an der Gründung von über 200 Industrie-, Verkaufs- und Handelsgesellschaften beteiligt gewesen sein, wobei mit einem Verlust von rund 500 Millionen RM. gerechnet werden mußte. Wenn man allerdings die neuerlich veröffentlichten Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik über die Erwerbseinkünfte der Kommunen liest, wonach sich die ziffernmäßigen Reinüberschüsse von 214,8 Mill. RM. im letzten Vorkriegsjahr auf zirka 545 Mill. RM. im Rechnungsjahr 1930/31 erhöht haben, könnte man auf den ersten Blick wohl an ein schlechtes Wirtschaften der Kommunen nicht glauben, und sicher dürften diese Ergebnisse auch von kommunalpolitischer Seite aus stärkstens propagandistisch ausgewertet werden. Abgesehen von der steuerlichen Begünstigung der kommunalen Betriebe, die durch nichts gerechtfertigt ist, muß auch die Kehrseite der Medaille, nämlich die Tarifgestaltung der kommunalen Betriebe, betrachtet werden. Obwohl die private Wirtschaft Preisenkungen vornahm, sind die kommunalen Tarife einer Senkung immer wieder ausgewichen, ja sie erfuhren sogar noch zur teilweisen Deckung der Defizite in den letzten Haushaltsplänen nicht unbeträchtliche Erhöhungen. Man hörte weder etwas von einem Preisabbau der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke noch von einer Senkung der Straßenbahntarife. Die Ermäßigung der Rohstoffpreise ist in den Tarifen der kommunalen wirtschaftlichen Unternehmungen überhaupt noch nicht zum Ausdruck gekommen, so daß die jetzt laut gepriesene „Abeberschufswirt-

schaft“ der kommunalen Betriebe lediglich auf Kosten der Bevölkerung ging, da jene ein Beweis dafür ist, welche hohe indirekte Steuer in den kommunalen Tarifen enthalten ist.

Wichtig wäre, wenn sich die Kommunen endlich zu einem Abbau auf dem Gebiete ihrer Grundstücks- und Baupolitik bereitfinden würden. Manche kommunale Einrichtung dürfte überholt sein. Das gilt wohl in erster Linie für die Wohnungsämter, die noch aus gewissen Rücksichten mitdurchgeschleppt werden. Daß die verfehlte Grundstücks- und Baupolitik sich immer mehr rächt, war an dem Beispiel der Stadt Düsseldorf schon kurz erwähnt worden. Auch zahlreiche andere Kommunen müssen immer mehr zur Einsicht gelangen, daß die Bodenpolitik der vergangenen Jahre ein Experiment war, das sich die Städte nicht leisten konnten. Das Gegebene wäre wohl, wenn diejenigen Kommunen, die sich in Grundstückskäufen übernommen haben, jetzt angesichts der Notlage versuchen würden, den Grundstücksbestand nach Möglichkeit — wenn auch zu billigen Preisen — zu vermindern. Nicht allein hinsichtlich der Wohnungsbau-tätigkeit ist viel gesündigt worden, sondern auch hinsichtlich der Einrichtung kostbarer Fuhrparks, dem Bau teurer Wasserwerke und sonstiger Betriebsanlagen. 3. B. ist Köln sehr stark in finanzielle Verlegenheiten geraten durch seine Ausgaben für Grünanlagen, Sport- und Spielplätze, Messen usw. Besonders anschaulich ist auch das Beispiel von Dortmund, wo der vorjährige Fehlbetrag mit in erster Linie durch die teilweise sehr kostspieligen Bauten herbeigeführt wurde. Und ist es angebracht, daß die Stadt Königsberg in den Zeiten größter Not aus öffentlichen Mitteln allein für 3 Millionen Reichsmark eine Berufsschule baut? Auf der einen Seite gibt man Tausende und aber Tausende von Reichsmark als Zuschüsse für Theater, Stadien, Museen, Schulen und großartige gärtnerische Anlagen aus, um auf der anderen Seite mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der betreffenden Kommunen die Unterstützungsfähigkeit für die Wohlfahrtsempfänger herabzusetzen. Eine solche Ausgabenwirtschaft muß natürlich in den weitesten Kreisen Erbitterung schaffen.

Um so mehr erhält ein neuer Späterlaß des preußischen Innenministers und des Finanzministers vom 27. 3. 1931 Bedeutung, der im Anschluß an die Realsteuerperre, Realsteuerenkung und Verkoppelung der Realsteuern mit Bier-

# SIEDLUNG UNITRUSTOWN

Von Reck-Malleczewen.

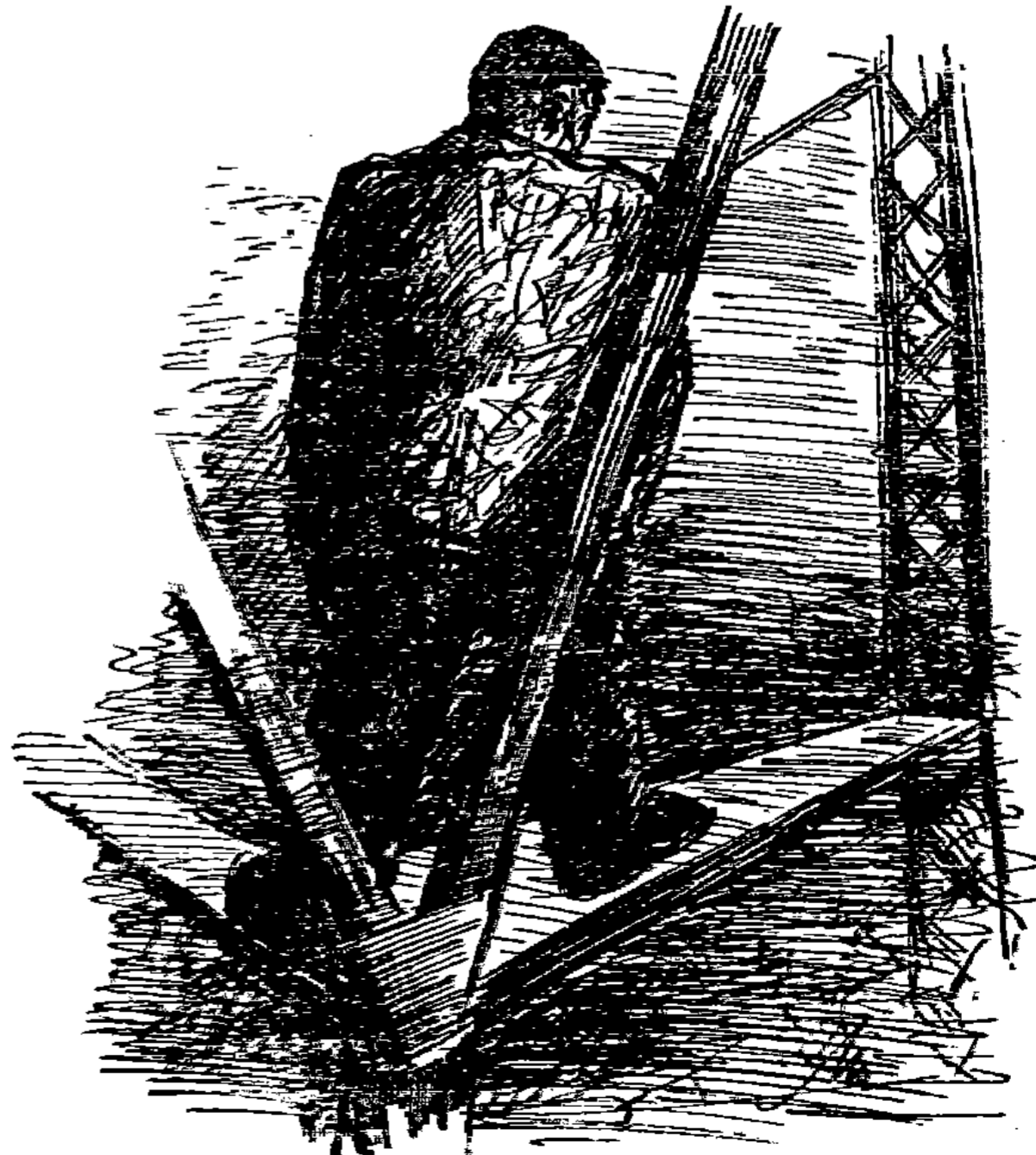
## IV.

Da klopft der Lärm der Winde ab, die dunkle Gestalt, die dort auf den Rippen des Girjes lauert, langt mit ihrem Saften nach der Schiene, die Schiene landet, erast dirigiert durch den Mann bei der Winde, auf ihren Lagern; die drei turmen zu Eliza Grant hinüber, sie stehen hier, wo man durch den ganzen abhuclichen Schland des letzten Larmes direkt auf die Eisenwinden hinabsteigen kann, freihändig da mit flatternden Haaren und lachendem Gesicht und blühenden Goldplomben vor ihm und schütteln ihm die Hand: three cheers für Amerika, für Freiheit und Fortschritt... three cheers für Eliza Grant... kann nicht jeder von uns ein Gentleman sein wie er, nach der Arbeit?

Dann beugen sie sich — keinen überflüssigen Gesichtsausdruck, wenn wir bitten dürfen — über ihre Schiene, sie haben sie in zwölf Minuten und jedenunabhängig Sekunden vernietet und damit einen kleinen Rekord geschaffen. Dann haben sie sich die richtige Kettenablage heraus in der sie, aneinandergepreßt wie Tischstühle, zur Tiefe fahren... sie werden Eliza Grant, der offenbar noch länger hier oben sitzen will, den Förderfort hinaufschicken. Sie verlaufen in der Nacht — noch eine Weile hört man ihr fröhliches, zuverlässiges Lachen.

Und nun ist er allein mit Henry. Die verwahrloste Altstadt dort beim Ophafen, dieses lächerliche Sabolen drüben mit seinen gemüthlichen deutschen Bierhäusern wird man binnen kurzem abgerissen haben. Har-mor her und Eisen... Wagnismaschinen von dreihundert Fuß Höhe... Fortschritt für immer!

Er schaut hinab in die Tiefe zu seinen Füßen: tausend Menschen, die dort unten wie graue Maden in den Fundamenten des Baues wimmeln... einer seiner tausendfältigen Arme nur und doch: jeder Mann ihm gehörig, dem großen Kapitän. Unitrust-Building im Norden, Exchange-



und Bürgersteuer im Abschnitt D (Steuerverteilerungs- und Umlagebeschlüsse) im besonderen auf die Ausgabenseite der Gemeindehaushalte hinweist. Die Schwierigkeiten des Haushaltsausgleichs müssen in vielen Fällen Abstriche selbst bei dringenden, auch Pflichtaufgaben notwendig machen, die nicht mehr als echte Ersparnisse, sondern als durch die Not diktierte Drofflung zu charakterisieren seien. In diesem an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, Gemeinden und Gemeindeverbände gerichteten Runderlaß wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine nicht unbeträchtliche Ersparnis durch die Einführung einer Anstellungs- und Beförderungssperre für Beamten und Angestellten erreicht werden kann. Soweit in einzelnen Fällen die Haushaltansätze für Unterstützungen, für Vertretungskosten, Ueberstundenvergütungen, Reisekosten, Fahrgelderstattungen innerhalb des Stadtgebietes und dergleichen über die Aufwendungen des Staates für die gleichen Zwecke hinausgehen, wird eine Angleichung erfolgen müssen. Weiter wird auf Ersparnisse beim Schulwesen hingewiesen, die durch Verminderung der Lehrkräfte zu erzielen seien. Besonders auch im Hoch- und Tiefbau müßten die Aufwendungen überall auf das der Haushalts- und Kassenlage entsprechende Maß gedrosselt werden. Ausgaben der Gemeinden für Wohnungsbau über die hierfür

aus dem Hauszinssteueraufkommen zur Verfügung stehenden Mittel hinaus würden sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn die Finanzlage einer Gemeinde verhältnismäßig (!) noch günstig ist. Die Ausgaben für Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr und dergleichen müßten durch die zu erhebenden Gebühren oder Beiträge gedeckt werden. Versorgungs- und Verkehrsbetriebe werden zur Entlastung des gemeindlichen Haushalts überall so herangezogen werden müssen, wie sich dies mit der Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Betriebswirtschaft vereinbaren läßt; Tarifierhöhungen werden selbstverständlich unterbleiben müssen.

Es ist zweifellos eine der tragischen Erscheinungen im Leben der deutschen Städte, daß im Gedenkjahre des hundertsten Todestages des Freiherrn vom Stein, des Schöpfers der kommunalen Selbstverwaltung, eben diese Selbstverwaltung auf das schwerste erschüttert ist. Nicht ohne Schuld der Kommunen selbst, welche nicht zu wirtschaften verstanden haben. Das wirtschaftende deutsche Volk aber möchte endlich erleben, daß die Städte ihren Hauptehrgeiz wieder darin sehen, die niedrigsten Steuerzuschläge zu haben. Auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß durch möglichste Senkung der Steuerbelastung die Wirtschaftsbetriebe wieder stärker anlaufen können.

Dr. F.

# Aus den Betrieben

## Der „Herr im Hause“ in Berg.-Gladbach

In Berg.-Gladbach, Wirtschaftsgebiet Köln, befindet sich der Betrieb der Gebr. Fröhlings, Apparatebau. Die Inhaber spielen im öffentlichen Leben in Berg.-Gladbach eine große Rolle.

Herr Jos. Fröhring bekleidet den Posten eines ehrenamtlichen Beigeordneten, Herr Willi Fröhring ist Stadtverordneter. Diese Tätigkeit verlangt nach unserem Dafürhalten neben einer anpassenden Vielseitigkeit eine Loyalität seinen Mitmenschen gegenüber, man müßte dementsprechend annehmen, daß der Betrieb der Gebr. Fröhring in dieser Beziehung ein Musterbetrieb sei, aber weit gefehlt. Darüber einige Betrachtungen: Bis zum Jahre 1930 bestand für die Metallbetriebe in Berg.-Gladbach ein Arbeitgeberverband. Dieser löste sich am 31. 12. 1930 auf, so daß die Gewerkschaften gezwungenermaßen mit jedem Betrieb einen Einzelvertrag abschließen mußten. Mit den zwei größten Betrieben kam recht bald ein Tarifvertrag zustande. Nur mit der Firma Fröhring nicht.

Der Arbeiterrat, der aus Mitgliedern des Christlichen Metallarbeiterverbandes besteht, wandte sich an die Gebr. Fröhring mit der Frage, ob sie bereit wären, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Antwort lautete: Wir wollen mit dem Gewerkschaftsvertreter nichts zu tun haben, binden lassen wir uns nicht, wir bezahlen unsere Leute wie wir wollen. Mit dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes läßt sich ja noch verhandeln, aber der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes geht zu scharf vor, mit dem wollen wir nichts zu tun haben.

Diese Angelegenheit beschäftigte den Schlichtungsausschuß Köln. Auch dort hatte einer der Inhaber die Stirn, dem Schlichtungsausschußvorsitzenden gegenüber zu erklären: Sie können machen, was sie wollen, wir fördern uns an nichts.

Bei den übrigen Betrieben in Berg.-Gladbach einigte man sich auf einen Abzug von 6%. Die Firma Fröhring dagegen gab sich damit nicht

Office, ganz Wallstreet: seine Werkzeuge. Das Presseniertel dort unten in seinem irrsinnigen Lichtbade: fünfhundert erlebte Schreiber, die seinen Willen niederzuschreiben, Hunderte von Linotypemaschinen, die ihn zu Blei erstarren lassen... es sind Elihu Grants Befehle, die dort unten die Zeitungsjungen ausführen.

Feuchter Wind kommt vom Hafen, schön und tief und vorweltlich heult der Ozeandampfer dort bei Ellis-Insel. Dreitausend Menschen an Bord... Russen, Skandinavien, Ungarn, sprische Schafhirten und württembergische Tabakbauern, alle noch voller Heimweh, mit pochendem Herzen vor die Schranken der Auswanderinsel tretend... morgen schon eine graue, formlose Masse mit puritanischem Einheitshirn, Elihu Grants Kesselfeuer heizend, Elihu Grants große Räder drehend: die Menschheit gehört Elihu Grant!

Weiter späht er nach Osten, wo die letzten Lichter im Ozean versinken: ah, dieses Europa... die überalterte Welt! Drei Jahre nur, und die größte Energiemenge ist in seine Hand gegeben... Milliarden von Kraft-einheiten. Wenn man es will, lenkt man den Dampfer drüben mit seiner Menschenkraft in die Eiswüste der Antarktis hinab... Europa verdorrt, wenn man will... alles verdorrt, wenn es Elihu Grant sich widersetzt... die altmodischen Gestirne selbst...

Als er es denkt, prescht es heran mit tausendstimmigem Krächzen, prallt beinahe an gegen ihn und zerstiebt schreiend und ist im Dunkel verschwunden. Dohlen... Aasbrut... Ungeziefer! Aber als er seine Wut hinter ihnen herbrüllen will, siehe, da faßt ihn plötzlich wieder dieser tödliche Schwindel, daß er die Hände vor das Gesicht schlägt. Nun hat er den Pfeiler losgelassen, eine Sekunde steht er frei über dem Abgrund. Ein Windstoß legt heulend heran, zerrt an seinem Körper, wirft ihn beinahe in die abscheuliche Tiefe des Schachtes, im letzten Augenblick findet die tastende Hand den Halt wieder. Als das Auge wieder sehen kann, schießt Neuyork vorüber in irrsinnigem Kreisel: schief stehende Wolkenkratzer, die wie betrunkene Liebespaare sich gegeneinander neigen... Welworch samt seiner Lichterreihe zu einer Korkzieherlinie verkrümmt... tanzende Dampfswaden und irrsinnige Pfeifenschreie, alles zu gelben und roten Funken verwandelt, die verübertausen und verpuffen in tödlichem Dunkel...

Und wie diese Stadt um ihn kreist in wahnsinnigem Jagen, kommt mit dem Winde süßlicher Brodem herauf zu ihm. Er steht da mit weit aufgerissenen Augen, er atmet ihn mit geblähten Rüstern: süßlich und unbeschreiblich... der Tod nicht und doch das Leben nicht mehr... ja, ja, um die Stillen dort unten auf ihren Eisbarren war dieser Duft... der Hauch des Sterbens, das heute über ihn verhängt ward!

„Aasgeier... Schurke!“

In die Nacht hinaus schreit er seine Wut über den Tod, über den tyrannischen Gott, der ihm seinen letzten Kampf aus der Hand schlägt: „Henker... Schinderknecht!“

Er ist wieder einmal der ehemalige Grubenarbeiter, seine Wut steigert sich zu obszönen, zu unwiedergeblichen Worten.

Da ist es vorüber. Vorbei der Anfall, zerrissen der Spul, der Nachtwind ist wieder rein und voll kräftigen Meerhauches, Neuyork liegt wieder mit festen, klaren Linien vor seinem Auge: das Feuer von Hell-Gate weit, weit drüben... Sunter's Point, Navy Yard, Gouverneur-Insel, Jersey-City... alles klar und wohlgeordnet. Der letzte Europaflieger landet auf der Plattform des Astorhotels, über die Riesenfront von Rubber-Building jagt eine Reklameferie für den Automobilproviantkorb „Agemo“, beruhigend streicht der Lichtarm des Leuchtfeuers von Robbins Riff über sein Gesicht.

Nun gut, man wird also sterben... was weiter? Darauf nur kommt es an, für ein paar Jahre stärker zu sein als der Tod!

Die Schiene zu seinen Füßen blüht auf in dem Scheinwerferfeld, das von drüben, von den Marinebocks im Osten kommt... in Elihu Grants Sinn taucht plötzlich ein verzweifelter, ein verbissener Gedanke auf: hinwegzutanzten über den Abgrund auf dem süßbreiten Stahl, dem Schwindel, dem unsicheren Blicke zum Trost! Ja, ja, das ist es: gelingt es so, so ist der Wille stärker als der Tod, und man wird mit ihm fertig werden, wie man mit diesen Anfällen fertig wird!

Er läßt den Strebezieher los, steht wieder ganz frei. Das Herz geht mit wehem, überhastetem Schlag, von neuem will der Schwindel nach ihm greifen. Da faßt er den gegenüberliegenden Pfeiler, der sich drei Meter von ihm entfernt, von dem brennenden Nachthimmel abhebt, fest ins Auge, würgt mit übermenschlicher Gewalt den Anfall hinunter. Den ersten Schritt tut er, fühlt, wie die Tiefe an seinem Leibe zerrt, tritt stampfend

zufrieden, machte einen direkten Abzug von 20-25%, trotzdem man vorher schon kleine Abzüge gemacht hatte.

Begründet wurden die Abzüge mit der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes. Dabei steht fest, daß der Betrieb Fröhring vor dem Kriege eine kleine Reparaturwerkstatt war, in den letzten Jahren im Durchschnitt 70-80 Arbeiter beschäftigt hat, hierbei ist zu betonen, daß die Rentabilität des Betriebes in der Hauptsache auf die außerordentliche Arbeitsleistung der Arbeiter zu sehen ist. Leider hat ein Teil der Belegschaft den Ernst der Lage noch nicht erkannt, läßt sich lieber die Abzüge gefallen, als einen Beitrag an die Organisation zur Vertretung ihrer Standesinteressen zu zahlen. Für die Arbeiterschaft gibt's bei Fröhring nur Pflichten, keine Rechte. Pflichten, die darin bestehen, die ohnehin schon bis zum äußersten angespannten Arbeitsleistungen noch zu erhöhen, um als Dank dafür einen Akkordabzug zu bekommen.

Diese Tatsache soll eine Mahnung für die nichtorganisierten Kollegen sein, sich recht bald dem Christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Der Betriebsleitung sagen wir an dieser Stelle: Der Christliche Metallarbeiterverband wird nicht eher ruhen, bis der Arbeiterschaft bei der Firma Fröhring ihr Recht wird. ....

### Maifeier bei Brown-Boverie, Groß-Auheim

Die Feier des sozialistischen Weltfeiertages, des 1. Mai, gab Veranlassung zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen der Belegschaft der Firma Brown-Boverie & Cie. Die christlichen Vertreter im Betriebsrat erklärten von vornherein, an der Maifeier kein Interesse zu haben und blieben aus diesem Grunde mit den christlich-organisierten Kollegen der Versammlung fern, in welcher die Abstimmung über die Maifeier vorgenommen wurde. Tatsächlich arbeitete dann am 1. Mai ein Teil der Belegschaft. Ueber diese Tatsache erobert, glauben nun die halbrotten und blutroten Genossen die Zeit für gekommen, ein Kesseltreiben gegen die christlich-organisierten Belegschaftsmitglieder, insbesondere aber gegen die christlichen Betriebsvertreter entfalten zu können. Sie bedienen sich dabei der Hilfe der RGO. In Flugblättern versucht man unsere Betriebsvertreter „Schütter und Konjorten“ als Arbeiterzerstörer zu brandmarken. Die roten Betriebsvertreter wollen nicht mehr mit den christlichen Vertretern im Betriebsrat zusammen arbeiten.

Sie spotten ihrer selbst, wissen aber nicht wie. Beweist nicht gerade der 1. Mai, wo die Arbeiterzerstörer und -spalter zu Hause sind. Straßenschlachten zwischen KPD- und SPD-Demonstranten ist das alljährliche Ergebnis des Maiweltfeiertags. Auch bei den letzten Maifeiern gab es blutige Zusammenstöße zwischen den Gruppen der SPD und der KPD. Sämt man die christlichen Arbeiter für so naiv, vielleicht mit den Kommunisten für die Gottlosenpropaganda zu demonstrieren? Die christlichen Arbeiter bei der Firma Brown-Boverie & Cie. haben in diesem Jahre eine Stellung zur Maifeier eingenommen, die selbstverständlich ist.

Warum nun das Kesseltreiben gegen die christlichen Betriebsvertreter „Schütter und Konjorten“. Gegen Schütters langjährige Tätigkeit als Betriebsvertreter wissen die Genossen nichts vorzubringen. Jetzt endlich glauben sie einen Anlaß gefunden zu haben, den verhassten Christen eins auszuwichen. Unsere Betriebsvertreter waren die ersten, die sich um die Interessen der Arbeiterschaft in diesem Betriebe gekümmert haben. Da waren die heute sich radikal gebärdenden Genossen noch außerhalb der

Gewerkschaftsbewegung. Wer von den Genossen kann auch nur einen Beweis antreten, daß Schütter nicht allzeit die Interessen der Belegschaft vertreten hat. Daß ein christlich organisierter Betriebsvertreter konsequent in seiner Gesinnung ist, ist eine Selbstverständlichkeit, auch konsequent zur Maifeier. Diese Konsequenz der Gesinnung vermessen wir jedoch bei dem derzeitigen Betriebsratsvorsitzenden Weber. Als Mitglied des sozialistischen Metallarbeiterverbandes unterstützt er die Bestrebungen der RGO und kann sich im Betriebe nicht genug radikal gebärden. Außerhalb des Betriebes ist er Präsident eines bürgerlichen Gesangvereins und spielt bei jeder bürgerlichen Veranstaltung den Repräsentant dieses Vereins.

Die Mitglieder des DAV, mögen sich mit solchen Vertretern abfinden. Das ist ihre Sache. Unsere Kollegen haben jedoch alle Veranlassung, sich hinter ihre Vertreter zu stellen, deren Tätigkeit und Verhalten einwandfrei ist. Der Kampf der roten Betriebsvertreter gegen die christlichen Vertreter ist weiter nichts als der Ausdruck blinden Hasses gegen das Christentum und diejenigen, die sich zu ihm bekennen. Dies ist umsomehr Grund für alle christlichen Arbeiter, die bisher noch hinter diesen Leuten herlaufen, ihnen die Gefolgschaft zu verjagen. Die Herrschaften aber um Weber und Genossen tun gut, ihr Temperament zu beherrschen. Der Christliche Metallarbeiterverband weiß seine Vertreter gegen Rohheiten und Terror zu schützen. N.

## Buchbesprechung

Arbeitslos. Von Lisbeth Burger (Bergstadt-Verlag, Breslau; gebunden 4,50 RM., Seiten 272).

Die bei allem Wirklichkeitsinn doch sehr zart sinnige Verfasserin der „Storchentante“ und „Die Mädels aus der Fadengasse“ hat dem deutschen Leser hier wieder einen neuen Roman geschenkt, zu dem man gerne greift. Das letzte Jahr hat wohl eine Anzahl Arbeitslosenromane gebracht, welche es aber wohl kaum über die 1. Auflage bringen. Es waren Zerrbilder der heutigen Zeit mit ihrer ungepflegten Sprache, ihrem extremen Radikalismus, ihren gesellschaftlichen Unwahrscheinlichkeiten. Lisbeth Burger zeigt uns die Wirkung der Arbeitslosigkeit an den verschiedensten menschlichen Naturen und Einrichtungen, platter Egoismus und höchste religiöse Liebestätigkeit an und von Arbeitslosen. Sie zeigt Auswege und Lichtblicke aus dieser Not und umfaßt ihre Darstellungen mit ihrer tiefen, aus dem Göttesglauben geborenen Liebe zur streitenden und leidenden Menschheit. In den Hauptgestalten sind prächtige Menschen gezeichnet, die allen Widerwärtigkeiten zum Trost ihren Weg zu Ruh und Stommen der Leidensgenossen gehen. Jede Gewerkschaftsbücherei sollte dieses schöne Buch besitzen. W. B.

Vollständige Anleitung zum Formen und Gießen nebst genauer Beschreibung aller in den Künsten und Gewerben dafür verwandten Materialien. 9. vermehrte und verbesserte Auflage von Eduard Uhlenhuth. Mit 30 Abbildungen, 13 Bogen Oktav. (Chem. techn. Bibl. Bd. 49.) Geh. 4 RM., in Leinwand gebunden 5 RM. A. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.

auf, daß der Stahl heiß und klar widerhallt. Während er geht, sieht er tief unten, hundert Fuß unter sich, ein einsames Licht sich bewegen... ein Werkmeister wohl, der dort in den leeren Zwischenetagen des Turmschachtes noch irgendwelche Vernichtungen kontrolliert. Elihu Grant, einen Schritt entfernt von dem Strebebohrer, von dem er sich eben getrennt hat, denkt an die Stahlrippen dort unten, auf die er fallen würde... denkt daran und schaudert und muß, spleenig und abergläubisch wie alle Maschinenmenschen, es dennoch tun: Schritt für Schritt... man spürt das Zittern der Knie, man kommt schließlich dennoch in bedenkliches Schwanken und erreicht ihn gerade noch im rechten Augenblick.

Er ist drüben. Er hat gefiegt.

Er sieht hinunter: die Stadt schläft die obszönen Rhythmen ihres Lärmes heran, der Broadway mit den Flammenbändern seiner unzähligen Querstraßen ist nun ein Riesenthermometer aus Licht... an der Ecke der fünften Straße steht überhitzt von Lichtkatarakten, in seiner ganzen Monströsität das „Büchlein“, diese häßliche Unmutter des ganzen Wolkenkragergeschlechtes. Eine häßliche Stadt, eine japanische Stadt, eine Stadt für Paritäten.

„Gut, denn... ich hasse die Freude, ich hasse das Weib, ich hasse die Liebe und hasse die Natur... ich bin nichts als die Kraft und die Macht...“

In der Tiefe jurt es: der Förderkorb, den man ihm heraufgeschickt hat... der blaubleue Mensch da drinnen weiß es nicht, kein Mensch weiß, was sich hier oben abgespielt hat!

Dann ist er wieder unten bei den Menschen, und das japanische Firm beginnt, kann daß er wieder Boden unter den Füßen spürt, wieder zu arbeiten: für den Anfang dieser verwahrlosten Altstadt bei Wallstreet eine Gesellschaft gründen. La Boissière, der ein Fei ist, durch diesen Firmen Juden zu erziehen, der den Hut geholt hat, Elihu Grant die Wahrheit zu sagen. Diese römische Regierung, die sich in ihrem lächerlichen Nationalismus noch immer prahlt... man wird morgen schon auf allen Dächern der Welt ihre Baukosten zusammenhauen...

Dann sieht er sich umringt von Menschen und Lärm: auf dem Baumarkt drüben Photographen, Stanford von der „Kornmagaz.“, der wissen will, wieviel Einwohner der Mond hat, Cyrens, das Kirchlein der Süßma-

schinen, ein Mensch, der sich zu Elihu Grant mit einem Brief drängt... man hat in Anitruß-Building inzwischen Elihu Grants Eintreffen auf der Hauptstelle erfahren... es ist Lawson, der den Sekretär da geschickt hat.

Elihu Grant öffnet: Rom willigt endlich ein. Die Bahn ist frei. Er steckt das Blatt fort, steigt mit dem Sekretär in den wartenden Wagen. „Kotieren Sie,“ jagt Elihu Grant, während der Motor anspringt.

Um den Turm von Wolworth kreist der Dohlschwarm.

\*

Der Pfad, der vom Meere kommend sich durch die verdorrte Basilicata windet und den kahlen Apenninenhang hinanklettert... wer hat ihn wohl ausgetreten, den Pfad? Uralte, längst vergessene Völker sind ihn entlang gezogen lange vor der Gründung der ewigen Stadt; die bei Cannae zermörsterten Römertruppe verloren hier die rostmoosigen Speerspitzen und saßen das ganze vielstellige Gefindel der Völkerwanderung hat sein Gesicht hübsch sauber gewaschen mit seinem Blute...

Kun aber ziehen ihn, von der See, von San Ginepro heraufkommend zum Dorfe Sualypto ganz andere Gestalten: kleine verhüllte Männchen mit Schabürstebärten unter der Kasse und einem Papageien-Italienisch — aus dem Norden, aus Sachsen, aus der Polackei oder vom Monde her sind sie gekommen, und alles Land bis zum Gebirge wollen sie kaufen: was sie wohl im Sinne haben mögen mit den dürren Wiesen und schwefelhaften Weinbergen?

Der Sänzier Parenti an der Gineprejer Straße kommt als erster dran: einhundertfünfzig Lire für die morsche Hundehütte! Man kann dafür einen grauersten Hut aus Spattelgras, ein Samthäkel, einen dressierten jungen Fuchs kaufen, man wandert mit allen Schätzen davon...

Der Bauer Balboni, der Müller Aglietto, der von jeher lieber geangelt als gemahlen hat, der Gemeindevälteste mit seinem verschuldeten Besitz, der Gafwirt... alle greifen nach den neugeprägten Pfundstücken, kleiden sich in San Ginepro neu und farbenfroh ein: ein grüngeridener Patentfischkasten, ein neues Grammophon, eine Orgie zum Schluß unten beim Scintto... in alle Winde fliegt das Geld, man kann schließlich auch als Ziegelarbeiter dieses Leben beschließen.

(Fortsetzung folgt.)

## Frauen, achtet auf Schein und Sein

**I**n unserer entnervenden, tempogejagten Zeit wechselt man allzuleicht Schein mit Sein. — Alles drängt nach Wirkung, Effekt, Eindruck. Reichen aber die Mittel nicht aus, Wertvolles anzuschaffen, so begnügt man sich mit Wertlosem und sogar Minderwertigem. Wenn es nur augenblendend und täuschend wirkt und für kurze Zeit einen falschen Glanz verleiht. —

Ich weiß zwar gewiß, daß gerade die Mitglieder unserer Konsumvereine einen gesunden Sinn für das Wahre und Echte pflegen, daß sie das Schlichte und Gute jenem Talmi vorzuziehen.

Aber manches Mal wissen sie auch gar nicht, wie sie der Sabotage unserer Tage ungewollt zum Opfer fallen. Werden sie ahnungslos mit angesteckt, mitgerissen oder können nicht immer mit genügender Energie verhindern, daß ihre Umgebung, vielleicht auch der junge Nachwuchs, von den Dämonen einer gewissen Oberflächlichkeit gepackt, billigen Minderwertigkeiten nachläuft.

„Es kostet doch aber nur so viel!“ — „Es ist doch soooooo billig!“

Das Geld, unter Arme und Arbeitslose verteilt, wäre eine große Summe und ein rechter Segen, das auf so wenig nachdenkliche Weise unüberlegt für Nichtigkeiten vertan, herausgeworfen wird.

Denn es gibt Unterschiede, und die Meinungen werden über den Begriff „billig“ immer auseinandergehen, solange Vernunft und Unvernunft sich entgegenstehen wie Feuer und Wasser.

Wer seiner Familie gegenüber für das schwer erworbene Geld verantwortlich ist, wird gewiß nicht im Augenblick Unnötiges kaufen, nur weil es „billig“ erscheint. Bedarf und Not legen bereits Daumenschrauben an.

Aber das Wort „billig“ verwirrt auch sehr oft Urteilskraft und nüchternes Denken der Kaufenden und veranlaßt sie zu einer falschen Sparsamkeit.

Sparen ist gewiß schön und notwendig, aber es muß mit Verstand und Geschick geschehen. Kauft man aber nur nach dem zahlenmäßigen Preis ohne Rücksicht auf Qualität, wird man sehr oft in seiner Kalkulation getäuscht und betrogen. Denn nicht was billig, sondern was gut und wertvoll ist, weist sich als preiswert aus.

Gute und solide Stoffe halten länger als Glitzer- und Schluderware. Man kann von ihnen mehr erwarten, ihnen beim Tragen mehr zumuten. Tut also gut daran, erst die Qualität zu prüfen und daran den Preis auf wirkliche Billigkeit zu messen.

Der Anreiz ist gewiß groß, sich mit scheinbarer Eleganz zu begnügen und auf inneren Schatz zu verzichten. Aber ist eine

gewisse Solidität nicht die wahre Eleganz? Die echte Würde — Es sei gewiß jedem gegönnt und gewünscht, sich als Kaufgenie zu entpuppen und für möglichst wenig zu erwerben, wonach wir bestrebt sind. Aber verschenken kann keiner etwas. Auch wir, eingereicht in das laufende Band schaffender Arbeit und tätiger Hände, erwarten dafür das unsrige. Ist doch jede Arbeit ihres Lohnes wert. Und in dem, was wir heute kaufen, steckt auch wieder Lohnarbeit anderer Schwestern und Brüder, denen wir ein ebenso gutes Los wünschen als uns.

Nur richtig auf- und eingeteilt, gerecht verteilt soll es werden! Also halten wir die Augen auf, wie unsere Herzen!

Und vergessen also nicht, daß jedes seinen normalen Preis haben muß, der um so billiger ist, je besser die Ware sich ausweist.

Sehr oft ist, was im Augenblick eine größere Geldausgabe erfordert, doch darum billiger, weil Qualitätsware eine Neuanschaffung nicht so bald nötig macht.

Oder stellen wir gute und minder gute Lebensmittel nebeneinander und erproben sie, so wird auch das beste immer das billigste sein. Es ist ausgiebiger oder kräftiger, gehaltvoller, wirksamer, was es auch sein mag.

Bei den „Gepag“-Waren unserer Konsumvereine erleben wir aber sogar das Wunder, daß sie zum großen Teil besser sind als manche Angebote anderer Firmen oder zum wenigsten den Vergleich mit den besten in jeder Beziehung aushalten und trotz dem beachtlich billiger sind.

Das Rechenkunststück ist ein Ergebnis unseres genossenschaftlichen Gemeinschaftswillens, eine Folge organisierter Verbraucherkraft.

Und da die Konsumgenossenschaft ihre vornehmste Aufgabe darin sieht, Qualitätsware zu angemessenem Preis zu beschaffen und durch Heranschaffung von Qualitätsware die Haushaltsunkosten so weit es möglich ist, herabzudrücken, sollte man sie in diesem moralisch wie volkswirtschaftlich hochwertigen Streben in jeder Beziehung unterstützen. Je mehr die selbsthergestellten Wertwaren nachgefragt sind, um so leistungsfähiger werden die eigenen Einrichtungen, desto mehr sind sie zum Segen ihrer Mitglieder auszubauen.

Ein jeder aber, der sich die Achtung für Wertgut erhalten hat, gehört in die Konsumgenossenschaft. Sie ist es, die Erwerb und Verbrauch im ethischsten Sinne und so miteinander abstimmt, daß wir uns mit noch größerem Stolz und überzeugter Freudigkeit als bisher für sie einsetzen, sie uns nutzbar machen sollten.

Gr. Filling.

## Die gesetzliche Vertretungsmacht der Ehefrau im Haushalt

II.

**F**ür Aufrechterhaltung der Lebensenergie der Frau ist auch eine lohnende Anerkennung und regelmäßige Unterstützung für ihre Tätigkeit als Hausverwalterin ebenso angebracht wie die Entlohnung des Mannes. Das kann in einer schonenden Weise geschehen, ohne seine Ehehälftin zur bezahlten Haushälterin herabzuwürdigen. Es ist bedauerlich, daß infolge der allgemeinen Wirtschaftslage die hauswirtschaftliche Tätigkeit nicht mehr als Selbstzweck erscheint, obwohl ihr andererseits in ihrer Auswirkung auf volkswirtschaftlichem Gebiete eine größere Wertschätzung zuteil wurde, denn drei Viertel des gesamten Volkvermögens gehen durch die Hände der Hausfrau.

Liegen jedoch begründete Tatsachen vor, so z. B. Ehebruch, Verschwendungssucht, wirtschaftliche Ruinierung durch die Frau — nicht bloße Vermutungen —, welche eine Einschränkung oder Aufhebung der Schlüsselgewalt bedingen, so kann die bisherige Vertretungsvollmacht von Seiten des Ehemannes ausgeschlossen bzw. auf einzelne Gebiete beschränkt werden. Dieses Beschränkungs- oder Ausschließungsrecht kann selbst durch gegenseitigen Vertrag nicht beseitigt werden.

Sahen die Umstände zur Ausübung dieses Rechts geführt, so ist es Pflicht des Mannes, seiner Frau gegenüber offen seine Absicht auf Antragstellung zur Beschränkung oder Ausschließung der Schlüsselgewalt mitzuteilen. Zunächst hat diese Maßnahme nur

Wirkung der Frau gegenüber, die sich also dementsprechend zu verhalten hat.

Der einfache Verfügungsantrag beim Güterrechtsregister genügt hierzu. Zu bemerken ist, daß diese Beschränkungs- oder Ausschließungsmaßnahme für Dritte nur dann Gültigkeit hat, wenn sie durch ausdrückliche Bekanntgabe an die in Frage kommenden Lieferanten erfolgte oder durch Eintragung im Güterrechtsregister. Die Verkehrsanschauung vermutet sonst immer noch das Bestehen einer unbeschränkten Schlüsselgewalt.

Man liest sehr oft in der Zeitung: „Warne hiermit jedermann usw.“ Hierbei ist zu bemerken, daß diese Warnung, sofern sie nicht verlegend wirkt, rechtsgültige Anerkennung, selbst durch das Reichsgericht, gefunden hat. Es ist aber sehr schwierig, dem in Frage kommenden Lieferanten, zumal in einer Großstadt, nachzuweisen, daß er die erschienene Anzeige betreffs der Einschränkung oder Ausschließung der Schlüsselgewalt vor oder während der Abwicklung des Rechtsgeschäftes (Kaufes) in der betreffenden Zeitung gelesen hat. Wohl besteht hierfür in kleineren Orten eher eine begründete Annahme, daß der Kreditgeber Kenntnis von dieser Tatsache hatte. Aber immerhin erscheint auch dies fraglich. Der Ehemann kann rechtsgültig eine Ueberschreitung der Schlüsselgewalt seiner Frau also nur so abwenden, daß er die Entziehung der Schlüsselgewalt im Güterrechtsregister beim zuständigen Amtsgericht eintragen läßt.

Aber auch der Frau, selbst der minderjährigen, steht bei unbeschränkter Eintragung, also Mißbrauch durch den Mann, die Beschwerde oder eine Antragstellung beim Vormundschaftsrichter am Wohnsitz des Mannes zu; denn die §§ 1356 und 1357 des BGB. verleihen ihr das uneingeschränkte Recht der Schlüsselgewalt. Auf Grund der eingereichten Beschwerde oder des Antrags wird ein Termin anberaumt, in welchem unter gebührender Berücksichtigung der bestehenden häuslichen Verhältnisse das freie richterliche Ermessen den Ausschlag gibt. Führt dieser richterliche Bescheid bei der vorherrschenden Spannung zu keiner befriedigenden Einigung für beide Teile, so erfolgt meist Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft. Wenn auch hierdurch die Wirkung der Schlüsselgewalt wegfällt, so besteht dieselbe trotzdem weiter, falls die Ehegatten fernerhin in derselben Wohnung, wenn auch nicht miteinander, aber nebeneinander wohnen.

Für alle außerhalb der häuslichen Vertretungsmacht abgeschlossenen Geschäfte, bei welchen die Frau in Ausübung ihres Gewerbebetriebes im eigenen Namen handelt, haftet sie selbst für Erfüllung der daraus entstandenen Verbindlichkeiten. Als Beispiele seien angeführt: Eine berufsmäßige Schneiderin beim Kauf einer Nähmaschine oder eine Händlerin beim Einkauf von Waren. Betreibt die Ehefrau selbständig ein Geschäft auf ihren eigenen Namen, so genügt für den Gläubiger zur Einklagung seiner Außenstände der Zahlungsbefehl gegen die Frau.

Dr. Th. Haut.

## Prozesskosten und Armenrecht

**U**nzählige Prozesse werden heute im Armenrecht geführt. Trotzdem ist selbst bei Bewilligung des Armenrechts die Prozessführung für die arme Partei nicht ohne Risiko. Abgesehen sei hier von der selbstverständlichen Folge, daß auch der im Armenrecht prozessierende Beklagte die Klageforderung erfüllen muß, wenn er den Prozeß verliert. Aber auch von der Tragung der Kosten des Rechtsstreites ist er auf Grund des Armenrechtes nicht ohne weiteres befreit. Zwar braucht er seine eigenen Gerichtskosten grundsätzlich nicht zu tragen. Die Bewilligung des Armenrechtes befreit ihn aber nicht von der Verpflichtung zur Erstattung der seinem Gegner entstandenen Kosten des Rechtsstreites, wenn er den Prozeß verliert. Der im Armenrecht klagende Kläger muß daher bei Abweisung seiner Klage dem Beklagten die Prozesskosten, insbesondere auch dessen Anwaltskosten erstatten. Ebenso geht es dem im Armenrecht prozessierenden Beklagten, wenn er den Prozeß verliert. Hier ist er zur Erfüllung des Klageanspruchs und der seinem Gegner entstandenen Kosten verpflichtet. Das gilt selbst dann, wenn beide Parteien im Armen-

recht klagen. Auch in diesem Fall hat die unterlegene Partei die ihrem Gegner entstandenen Kosten zu erstatten. Hat der Staat in diesem Falle für den obsiegenden Kläger den beigeordneten Anwalt bezahlt, so geht dessen Erstattungsanspruch nunmehr auf ihn über, so daß der Staat die ausgelegten Beträge von der armen Partei, die den Prozeß verloren hat, ohne Rücksicht auf die Bewilligung des Armenrechtes zurückerstattet verlangen kann.

Aber auch noch in anderer Hinsicht besteht für die arme Partei auch bei der Prozessführung im Armenrecht die Möglichkeit, Gerichts- und Anwaltskosten tragen zu müssen. Das Armenrecht kann nämlich auch nach seiner Bewilligung jederzeit ganz oder teilweise wieder entzogen werden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß die im Armenrecht prozessierende Partei doch nicht als arm im Sinne des Gesetzes anzusehen ist und daher ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts zur Tragung der Prozesskosten ganz oder teilweise in der Lage erscheint. Das Armenrecht kann ferner auch dann wieder entzogen werden, wenn sich im Laufe des Rechtsstreites, etwa nach stattgehabter Beweisaufnahme, herausstellt, daß die Rechtsverfolgung oder Rechts-

Für unsere Jungen:

### Barbarossas Kreuzzug

Konrad von Volanden.

XV.

Das Fußvolk am Lagerplatze zurücklassend, zog Herzog Friedrich mit fünftausend Rittern dem Feinde entgegen, der bereits in der Ferne sichtbar wurde, und dessen Heeresmasse wie ein dunkler Streifen über die Ebene hinlief. Dieser Streifen wuchs rasch an und bald zeigte es sich, daß ein bedeutendes Reiterheer anrückte, welches mit großer Schnelligkeit heranzog.

Langsamem Schrittes ritt Herzog Friedrich an der Spitze der fünftausend gewappneten Reiter, unablässig die Bewegungen des Feindes beobachtend.

„Die Byzantiner scheinen es auf eine Ueberrumpfung abgesehen zu haben; denn sie räumen heran gleich bei der Windsbraut,“ wandte sich der Herzog an den Grafen Berthold von Jülich, der neben ihm ritt und das Banner trug. „Sie gedachten wohl, aus an der Kapfstraße zu überfallen, — eine recht findliche Einbildung!“

Immer zahlreicher entfalteten sich die feindlichen Streitkräfte, welche in zwei Abteilungen oder Treffen geordnet waren. Das Vortreffen bildeten 30 000 Alanen oder Turkomanen, das Hintertreffen bestand aus 20 000 Griechen. Dem Oberbefehl führte Manuel Komnenos, der höchste Kriegsoberste des byzantinischen Reiches, Protopater genannt. Dieser Anführer, in goldener Rüstung glänzend und von Hauptleuten umgeben, ritt an der Spitze des Hintertreffens. Je näher die Kreuzfahrer herankamen, desto langsamer wurde der

Vormarsch der Griechen, bis sie schließlich Halt machten und eine beobachtende Stellung einnahmen.

Um nicht von der feindlichen Uebersahl überflügelt zu werden, hatte Friedrich aus den Fünftausend eine einzige Schlachtreihe gebildet, die seht wie eine eiserne Mauer die Ebene durchschnitt. Obwohl die Seldenschar des Herzogs eine Schlachtreihe bildete, die in ihrer gewaltigen, von Stahl und Eisen strahlenden Erscheinung das Gepräge der Unüberwindlichkeit trug, so war es doch immerhin fraglich, ob die vierzehnfache Uebermacht im Kampfe bestehen könne. Wurde ihre einzige Reihe durch den Ansturm der feindlichen Massen durchbrochen, so mußten, wie es den Anschein hatte,



verteidigung der armen Partei nunmehr mutwillig oder ausichtslos erscheint.

Serner hat die Bewilligung des Armenrechts niemals eine endgültige, sondern nur eine einstweilige Befreiung von der Tragung der Prozeßkosten zur Folge. Die Kosten müssen daher nachträglich gezahlt werden, sobald die arme Partei dazu ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts in der Lage ist. Das kommt namentlich dann in Frage, wenn die arme Partei auf Grund der Prozeßführung bei Erlangung eines obliegenden Urteils Mittel zur Bestreitung der Kosten erhält. Nicht ungefährlich ist es daher, namentlich bei Vergleichen für die arme Partei, ohne weiteres die gerichtlichen Kosten des Rechtsstreites zu über-

nehmen mit Rücksicht darauf, daß sie ja das Armenrecht habe. Die Kosten können dann von der armen Partei durch die Staatskasse nachträglich erstattet verlangt werden, ohne daß sie dann einen Erstattungsanspruch gegen die Gegenpartei hätte, trotzdem vielleicht bei Würdigung dieser Sachlage eine anderweitige vergleichsweise Regelung der Kostenfrage der Billigkeit entsprochen hätte.

Die Entziehung des Armenrechts erfolgt durch besonderen Gerichtsbeschuß nach Beendigung der Instanz durch Anordnung der Nachzahlung der Prozeßkosten. Gegen einen solchen Beschuß hat die arme Partei das Rechtsmittel der Beschwerde.

Dr. jur. Hanns Wandrey.

## Hütet euch vor dem Blitzteufel!

Nur zugelassene Fachleute sollen Leitungen verlegen und ausbessern! Glücke nie selbst an Leitungen herum! Fahrlässiger Ersah von Sicherungen ist feuergefährlich und strafbar!

Bei Bränden, die durch Elektrizität entstanden sind, schalte erst den Strom aus! Spritze oder begieße elektrische Leitungen nie mit Wasser!

Beachte alle besonderen Betriebsvorschriften!



Die Blitzteufel waren von altersher wilde Naturgeister und unheimliche Kobolde, die die Menschen bei Gewittern kennen und fürchten lernten. Oft sind sie ihnen mit Donnerepöster in ihre Häuser gefahren und haben den roten Hahn darauf gesetzt. Oft hatten sie ihren Spaß daran, sie mit fürchterlichem Feuerwerk und Spektakel zu erschrecken. Sie trieben sich in den Wolken herum und führten ein freies, ungezügeltedasein. Aber der Mensch, der immer klüger und kühner wurde, hat eines Tages einen solchen kleinen Blitzteufel eingefangen. Der mußte ihm nun dienen und schwer für ihn arbeiten. Er erhielt den Namen Elektrizität. Was es mit diesem Geist für eine Bewandnis hat, wissen die Menschen bis auf den heutigen Tag noch nicht genau zu sagen. Aber er ist ihnen ganz unentbehrlich geworden. Er hat von früh bis spät zu tun und arbeitet zuverlässiger als jede menschliche Hilfskraft, saust durch Kupferdrähte, Kohlenfäden und Röhren mit verdünnter Luft in ihren Häusern herum, sogar ohne irgendwelche Leitungen durch das Weltall. Er muß leuchten, kochen, plätten, heizen, reinemachen, telefonieren helfen usw. Er leistet Erstaunliches und Unglaubliches, und wenn man streng auf ihn aufpaßt, klappt alles tadellos. Aber ein widerspenstiger Teufel ist er trotz aller Zähmung doch geblieben. Wehe, wenn er losgelassen! Dann zerstört er noch ebenso gern Leben und Gut wie

seine tollen Brüder in der Freiheit; dann rächt er sich für die ihm aufgezwungene Gefangenschaft.



Da war z. B. eine Frau, die wärmte im elektrischen Kocher Milch. Ihr Kind machte sich an der Leitungsschnur zu schaffen, die schadhaft war, und brach plötzlich tot zusammen, und das bei einer harmlos erscheinenden Leitung von 110 Volt, während manchmal Menschen bei einem 6000 Volt-Strom ohne bleibenden Nachteil mit dem Kobold in Berührung gekommen sind. Dem Kind wäre vielleicht nichts geschehen, wenn nicht die Mutter eben vorher den Küchenfußboden naß aufgewischt hätte, der nun den Strom durch

das Kind hindurch an sich riß. Denn ein naßer Boden hat eine unheimliche Anziehungskraft für den elektrischen Kobold. Deshalb gehört in's Badezimmer keine Steckdose, kein Fön, keine Heizjonne, kein Massageapparat, überhaupt kein elektrisches Gerät, soweit es nicht vom Fachmann für den Gebrauch in solchen Raum, also mit Feuchtigkeitsschutz oder sonstiger besonderer Isolierung, gebaut ist.

Daß städtische Verhältnisse ganz andere als dörfliche sind, hat leider oft der Landwirt nicht bedacht bei elektrischen Anlagen in Ställen und Tennen, deren Fußboden oft feucht ist. Mancher Landmann hat dadurch sein Vieh verloren, das an eisernen Ketten liegt und an eisernen Säulen steht, wenn die Leitung nicht in Ordnung war.

einzelnen Glieder von der Flut gleichsam verschlungen werden. Und bot ein merkwürdiges und ergreifendes Schauspiel, fünftausend Kämpen einem großen Heere sich entgegenstellen zu sehen, dazu mit einer Ruhe und Sicherheit, die an Tapferkeit und Übermut zu streifen schien. Die Pilger waren weit eiserner, ihre Lage für bedenklich oder gefährlich zu betrachten, indem sie zur Stelle hielten, und die dunklen Massen, gleich Sturmgepeitschten Wetterwolken, sich heranwälzen sahen. Allen Empfindungen der Furcht unzugänglich, bligten vielmehr kampflustig ihre Augen, und mit Ungeduld erwarteten sie das Zeichen zum Angriff. Bevor es jedoch zur Schlacht kam, sollten sie durch die Reitkunst und Kampfweise der Turkmänen überrascht werden.

Nachdem die Alanen auf einige Bogenschußweiten herangeschossen waren, und die eisernen Kolosse auf ihren gepanzerten Schlachtkrossen genauer betrachten konnten, da ruhten sie, und auf ein gegebenes Zeichen hielten mit einem Schläge die dreißigtausend. In der gegenseitigen Beobachtung und Musterung stellte sich sofort der größte Unterschied zwischen beiden Parteien heraus. Die Alanen saßen auf kleinen Pferden, von großer Ausdauer und Schnelligkeit. Die Reiter selbst waren von kleinem Wuchs und schwächlichem Körperbau, während ihre gelblichbraune Gesichtsfarbe tatarische Abstammung bezeugte. Ihre feurigen, schwarzen Augen verrieten ebenso den stolzen, herrschsüchtigen Charakter dieses Volkes, wie dessen kriegerischen Sinn, den sogar die Frauen bekundeten, die nicht selten in Männerkleidern, mit Pfeilen und Bogen bewaffnet, in den Kampf zogen. Dieses wilde Nomadenvolk, wegen seiner Tapferkeit und Kühnheit gefürchtet, hatte Kaiser Isaak Angelus wider die Kreuzfahrer aus Asien herbeigerufen. Schon die Turbane auf ihren Köpfen und die Halbmonde auf ihren Fahnen bewiesen, daß sie Muselmänner, nach abendländischen Begriffen Heiden waren. Ihre kriegerische Ausrüstung bildete zu jener der Ritter den lebhaftesten Gegensatz. Unter ihren leichten, fliegenden Obergewändern schimmerte selten der Ringpanzer und nicht häufig schützten Blechhauben ihre Köpfe, so daß sie, den schweren Rüstungen der Kreuzritter gegenüber, fast wehrlos erschienen. In der Seite trugen sie gekrümmte Säbel, am Rücken Köcher mit Pfeilen und Bogen, und im Riemen am Gürtel einige Wurfspeer. Staunenswert war ihre Schützen- und Reitkunst. Ihre Pfeile, selbst in schärfsten Rennen abgeköpft, verfehlten niemals das Ziel.

Während die Alanen ihre Gegner musterten und durch lautes Geschrei ihre Verwunderung ausdrückten, betrachteten die Ritter mit größter Enttäuschung die Krieger, mit denen sie streiten sollten.

„Was sind das eigentlich für Gefellen! Sind es Menschen oder Affen!“ scherzte Hugo von Worms.

„Jedenfalls sind es Heiden, ihre Kopfbedeckung und der Halbmond auf ihren Fahnen bezeugen es,“ erwiderte Ludolf.

„Die Schelme tragen ja keine Rüstung, — unritterlich ist's doch, gegen wehrlose Leute anzurennen,“ sprach mitvergnügt Herr Hugo.

„Du hast recht!“ bestätigte Ludolf. „Kaiser Isaak beschimpfte uns zwar öfter, heute jedoch tut er uns den größten Schimpf an, indem er uns zwingt, mit solchen Wichten zu streiten.“

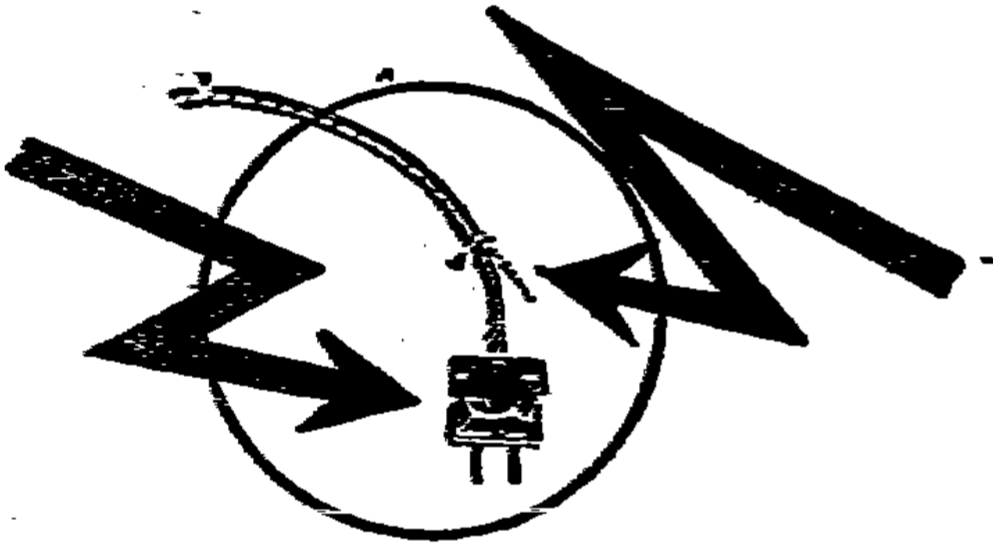
Diese Ansicht und das Unbehagen, mit nicht ebenbürtigen Gegnern sich schlagen müssen, war allgemein. Die Menge der Feinde fand nicht die mindeste Beachtung. Jetzt aber sollten die deutschen Hünen erfahren, daß auch Leute, die nach ihrem Maßstabe keine ebenbürtigen Gegner waren, dennoch lästig fallen können.

Nach Art der Türken, Araber und anderer Söhne der Wüste, begannen die Turkmänen die Schlacht, und zwar in einer Weise, welche anfänglich die Kreuzfahrer für ein Waffenspiel hielten. Aus der weitgedehnten Front brachen da und dort kleine Abteilungen hervor, die aus nur wenigen Reitern bestanden. Mit großer Schnelligkeit flogen sie auf ihren flüchtigen Kennern über die Ebene, ihre Säbel schwingend, in der scheinbaren Absicht, die Pilger anzugreifen. Als sie jedoch auf Schußweite der unbeweglichen eburnen Mauer nahe kamen, machten sie eine rasche Wendung, riefen ein wildes Kriegsgeschrei hervor, und wie vom Sturmwind getragen, flogen sie rückwärts. Während dieser rückgängigen Bewegung vereinigten sich alle zu einer dichten Schar und trauften abermals gegen die Deutschen heran. Nun schienen sie wirklich anzugreifen zu wollen; denn mit rasender Festigkeit stürmten sie über das Glacis, und ihre halbnahten, hageren, wettergebräunten und sehnigen Armen schwingen kampflustig die Krummsäbel. Aber es war nur Täuschung. Auf Speerwurfsweite von den Rittern zerfiel die ganze Schar in viele kleine Teile, die nach rückwärts, links und rechts zerstreuten, sich dann wieder zum geschlossenen Ganzen vereinigten, und



Der Mensch muß sich zur Regel machen; wenn er in der einen Hand einen unter Strom stehenden Apparat hält, nicht mit der anderen Metall, z. B. einen Wasserhahn, Heizungskörper oder Radioapparat zu berühren. Denn wenn etwa das elektrische Plättchen infolge eines Fehlers durch jahrelangen Gebrauch, durch Stoß beim Hinfallen oder durch Eindringen von Feuchtigkeit Körperschluß hat, und man steht zufällig auf nassem Boden, so stellt der Körper die Verbindung zwischen ihm und dem Gerät her.

Da nun der eingesperrte Blitzeufel mit Vorliebe aus schadhafte Stellen der Leitungen herauschlüpft, muß man mit größter Sorgfalt aufpassen, daß alle derartigen Schäden sofort sach- und sachgemäß abgestellt werden. Haltet grundsätzlich auf tadellosem Zustand der elektrischen Anlage. Beschädigte Teile, wie gesprungene Stecker, Steckdosen, fehlende oder zerbrochene Porzellanringe in Lampenfassungen laßt schnellstens ausbessern oder auswechseln. Benutzt bei selbstgelegten Lichtleitungen keine schadhafte Schnüre und Drähte, überbrückt nicht gar eine durchgebrannte Sicherung mit einem Nagel oder einem Stück dünnen Kupferdraht. Ein Brand, der durch solchen Leichtsinns entsteht, kann nicht nur Sachschaden, sondern Strafe wegen fahrlässiger Brandstiftung zur Folge haben. Für Behebung des Schadens in der Leitung ist sofort zu sorgen, denn das Durchbrennen der Sicherung ist nur ein Zeichen für vorhandene Störungen. Elektrische Geräte reinigt nur, wenn der Strom zu ihnen keinen Zutritt hat.



Schrecklich erging es einem übermütigen Jungen, der den Mast der Hochspannungsleitung erkletterte. Der Strom brannte ihm beide Arme ab, und er war zeitweilig ein Krüppel. Aber selbst schon der Papierdrachen, den ein kleiner Bube bei nassem Wetter

abermals sprengten sie an. Jetzt trugen alle den Säbel im Kinde, in der Linken schwingen sie den langen Bogen, mit der Rechten zogen sie aus dem Köcher den Pfeil und legten ihn auf die Sehne. Dies alles geschah in lautem Galopp. Auf Schußweite herangekommen, schnellten sie ihre Pfeile ab, die alle trafen, wie das Klingeln der auf Panzer und Helme anschließenden Metallspitzen bewies.

Die Ritter kannten aus der Geschichte früherer Kreuzzüge diese uralte Kampfweise der Heiden, welche den Javel hatte, die Abendländer zur Verfolgung zu reizen und zu ermüden. Der Herzog ließ sich deshalb durch dieses Scheingefecht keineswegs bestimmen, bewunderte aber mit seinen Waffengenossen die außerordentliche Gewandtheit und Schnelligkeit der Reiter. Wahrscheinlich hätten sie noch länger mit Interesse das Schauspiel betrachtet, würde nicht ein Zufall daselbe beendet haben.

Wieder flogen die Tartaromanen heran und schossen ihre Pfeile ab. Da kreiste ein Geschöß Eppos Wangen, der es unterlassen hatte, durch das Diste sein Gesicht zu schützen. Der Riß in der Wange verfehlte Herrn Eppo in heftigen Jörn. Er spornete sein gewaltiges Schlachtross und rannte auf die Feinde los. Hierbei konnten die Kreuzfahrer den außerordentlichen Unterschied zwischen den Bewegungen eines abendländischen Reiters und der orientalischen Reiter beobachten. Während letztere flink und flüchtig, wie der Wind, ihre Bahn verfolgten und ihre Wendungen ausführten, machte Herr Eppo den Eindruck eines schwerfälligen eisernen Riesen, dessen gepanzertes Ross an Schnelligkeit nicht entfernt den leichtfüßigen Pferden der Alanen gleich kam. Umsonst wären Gräbenstreifen Bemühungen gewesen, die Feinde zu erreichen. Als sie jedoch den einzelnen ansperrten, sahen fürzten sie alle zusammen, gleich einem Schwarm wütender Hornisse, auf ihn los. Ein wilder Kränzel entstand um den Ritter. Geschwungene Säbel und laufende Speere blühten im Sonnenchein, und aus dem Gedränge hervor ragte Eppos hohe Gestalt wie eine Säule von Erz. Sein langes Schwert schwingend, schlug er die Feinde aus den Sätteln, und bei jedem Siege, der reich geföhrt wurde, fürzte ein Tartaroman in den Sand.

(Fortsetzung folgt.)

gegen die Ueberlandleitung fliegen ließ, oder die Radio-Antenne, die mit einer Kraftleitung in Berührung kam, wurde zu todbringendem Verhängnis. Kehmt die immer wiederkehrende Warnung des Anjagers ernst: Antenne erden!

Nur bei genügender Klugheit und Vorsicht hat also der Mensch die Herrschaft über seinen Gefangenen, die Elektrizität, in der Hand. Aber auch dem wilden Bruder des gefesselten Kobolds, dem Bliß aus der Wetterwolke, steht er nicht ganz wehrlos gegenüber. Er weiß, daß er bei aufziehendem Gewitter nie unter einen einzelnen hochragenden Baum flüchten, auch im Wald nur unter niedrigere Bäume treten, daß er unter manchen Baumarten Schutz suchen darf, andere meiden muß. Das sagt schon die Bauernregel:

Vor den Eichen mußt Du weichen,  
Vor den Fichten sollst Du flüchten,  
Auch die Weiden sollst Du meiden,  
Doch die Buchen darfst Du suchen.

Er weiß weiter, daß er sich auf freiem Feld flach auf den Boden legen soll und Massenansammlungen vermeiden muß.

Vor allem freistehende Einzelbauten auf dem Lande sind vor Blitsschäden zu sichern. Das heutige System des dichtmaschigen Ringnetzes mit einem entsprechenden Netz von genügenden Erdleitungen und Verbindung mit den übrigen Installationsleitungen im Haus ist nach menschlichem Ermessen ausreichender Schutz.



Also Respekt vor dem Blitzeufel, daß er euch nicht unermutet packt; er liegt auf der Lauer. Er ist unser tüchtigster Diener, wenn wir ihn beherrschen, unser ärgster Feind, wenn wir uns von ihm übertölpeln lassen.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 14. Juni 1931, ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Die „Verbeamtung der Wirtschaft“ (Universitätsprofessor Dr. R. Steller, Leipzig), S. 369. Eisen- und Stahlwarenindustrie und Großkonzerne (L. Sch., Jagen), S. 373. Ein halbes Jahrzehnt Stahltrist (Dr. L.), S. 374. Die deutsche Maschinenindustrie im Jahre 1930 (G. Pelster), S. 376. Tragwürdige Finanzpolitik der Kommunen (Dr. F.), S. 377.

### Aus den Betrieben:

Der „Herr im Hause“ in Berg-Glabbad (L. n.), S. 379. Maifeier bei Brown-Brodette, Groß-Auheim (K.), S. 380.

### Buchbesprechung:

Seite 380

### Unterhaltung:

Siedlung Unitrustown (Red-Mallezewen), S. 378. Für unsere Jungen: Barbarossas Kreuzzug (Konrad von Volanden), S. 382.

### Frauenleben:

Frauen, achtet auf Schein und Sein! (Gr. Filling), S. 381. Die gesetzliche Vertretungsmacht der Ehefrau im Haushalt (Dr. Th. Sout), S. 381. Prozeßkosten und Armentrecht (Dr. jur. Hanns Wandrey), S. 382. Hütet euch vor dem Blitzeufel! S. 383.

### Bekanntmachung:

Seite 384.

Der Deutsche Metallarbeiter erscheint wöchentlich samstags Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf: Sammelnummer 25346. Schluß der Redaktion: Donnerstag abend 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die 49erpalte Kilometerzeile für Arbeitssuchende 20 Reichspfennig, für Arbeitsangebote 40 Reichspfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.